

Lola für Ludwigslust ist ein langfristig angelegtes Projekt der Amadeu Antonio Stiftung. Es widmet sich der Frage, wie sich Mädchen- und Frauenförderung mit der Weiterentwicklung demokratischer Kultur im ländlichen Raum der Neuen Bundesländer verbinden lässt. Die langfristige Planung ermöglicht es, neue Zugänge für die Rechtsextremismusprävention zu entwickeln. Einer dieser neuen Wege wird hier vorgestellt: die Fortbildung »AUGEN-BLICK mal! – Training für pädagogische Berufsgruppen«. Neben der Dokumentation der Fortbildung enthält diese Handreichung Gespräche mit ExpertInnen, betroffenen Eltern und PädagogInnen, in denen weitere Ansätze zur Problemlösung dargestellt werden.

Mehr dazu auf:
www.lola-fuer-lulu.de



Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



DEMOKRATIE IST (K)EIN KINDERGEBURTSTAG HANDREICHUNG FÜR KINDERTAGESSTÄTTEN IM UMGANG MIT RECHTSEXTREMISMUS



AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

**Demokratie ist (k)ein
Kindergeburtstag
Handreichung für
Kindertagesstätten
im Umgang mit
Rechtsextremismus**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Einleitung	4
2. AUGEN-BLICK mal! – Training für pädagogische Berufsgruppen	9
2.1. Inhalte und Ziele	12
2.1.1. Erstes Seminar: Rechtsextremismus	12
2.1.2. Zweites Seminar: Pädagogische Handlungsmöglichkeiten	13
2.1.3. Drittes Seminar: Reflektion und Vergewisserung der eigenen Arbeit	14
3. Herausforderungen an die pädagogische Arbeit in Kindertagesstätten	15
3.1. Demokratie ist (k)ein Kindergeburtstag	15
3.2. Machtverlust durch Partizipation?	19
3.3. Demokratiepädagogik unter Genderfokus	21
3.4. Kindeswohlgefährdung in rechtsextremen Familien	26
3.5. Der Kita-Erlass: Möglichkeiten und Grenzen	29
3.6. Beispiele aus der Praxis	32
3.6.1. Wie gehe ich mit rechtsextremen Eltern in meiner Einrichtung um?	32
3.6.2. Rechtsextreme Erzieherin – was nun?	35
4. Adressen und weitere Projekte der Amadeu Antonio Stiftung zur Thematik	39
4.1. Fachstelle Gender und Rechtsextremismus	39
4.2. Kinderrechte: Das Modellprojekt in Sachsen und Brandenburg	40
4.3. Adressen	42
5. Anhang	44

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung

Verfasserin: Anne-Rose Wergin

Redaktion: Sabine Grenz, Esther Lehnert

Gestaltung:  Design

Litho/Druck: BildrDruck GmbH

Fotonachweis: Amadeu Antonio Stiftung.

Alle Rechte bleiben bei der AutorIn und den FotografInnen

© Amadeu Antonio Stiftung 2011

Diese Broschüre ist Teil des Projekts »Lola für Lulu« der Amadeu Antonio Stiftung. Das Projekt wird gefördert durch die Dreilinden gGmbH. Regionale Partnerin der Amadeu Antonio Stiftung ist die RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Vorwort

Sowohl der Staat als auch die zivilgesellschaftlichen Kräfte verfolgen das Interesse der politischen Bildung und daher auch der Erziehung zu Demokratie. PädagogInnen in den verschiedenen Einrichtungen in staatlicher wie freier Trägerschaft kommt daher eine ganz besondere Verantwortung zu: Sie dürfen die Augen keinesfalls vor extremistischen und anti-demokratischen Einstellungen verschließen.

In unserem Projekt Lola für Ludwigslust sind uns viele Beispiele aus Kitas berichtet worden, in denen die PädagogInnen mit einzelnen Eltern, aber auch mit KollegInnen mit rechtsextremen Einstellungen in Berührung gekommen sind. Deshalb haben wir eine Fortbildung entwickelt, die dieses Thema aufgreift. Insbesondere werden darin folgende Fragestellungen berührt: Was kann man machen, wenn rechtsextrem eingestellte Eltern, die sonst jedoch ganz unauffällig wirken, sich als Elternsprecher wählen lassen? Wie kann dem entgegengewirkt werden, dass Kindergärten ganz im Sinne solcher Eltern zu funktionieren drohen oder Rechtsextreme gar versuchen eigene Einrichtungen zu gründen, die im Geist einer vermeintlichen Vorherrschaft der »weißen Rasse« die Kinder zu erziehen versucht? Oder: wie verhalten sich KollegInnen, die im Fürsorgebereich arbeiten und Hausbesuche machen, wenn sie sehen, dass im besuchten Haushalt Nazisymbole ausgestellt sind oder die Kinder offensiv angehalten werden, sich nur »deutsch« zu benehmen und bei »undeutschem« Verhalten mit einer Strafe zu rechnen haben? Was machen ErzieherInnen, wenn sie merken, dass Eltern ihre Kleinen anhalten, nicht mit Kindern anderer Hautfarbe zu spielen?

In diesen Seminaren haben wir mit der Unterstützung der Teilnehmenden weitere Erfahrungen gesammelt, die wir jetzt erstmals in Form dieser Handreichung vorlegen, welche sich speziell dem Thema Rechtsextremismus und Kitas zuwendet. Darin haben wir für LeiterInnen, PädagogInnen und Eltern einige Materialien zusammengestellt. Auf diese Weise hilft die Handreichung dabei, Rechtsextremismus zu erkennen und Wege im Umgang damit zu finden.

Wir hoffen, den Ausspruch »Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg« umzuwandeln in: »Wo ein Weg ist, ist auch ein Wille«. Denn oft ist ja auch so, dass dann, wenn Unterstützung da ist, neue Ideen entstehen. Wir laden daher alle ein, diesen Weg mit uns zu gehen.

Anetta Kahane

1. Einleitung

»Demokratie ist doch (k)ein Kindergeburtstag«. Scheinbar selbstverständlich leben wir in einem demokratischen System. Parteien werden gewählt und abgewählt, politische Diskussionen mal mehr und mal weniger beobachtet. Wir sind es gewohnt, Probleme miteinander auszuhandeln, unterschiedliche Meinungen auszuhalten und sind immer auf der Suche nach dem Konsens. Scheinbar. In der Realität jedoch sind oftmals »die da oben« schuld, und andere Meinungen und Verhaltensweisen auszuhalten, ist auch nicht leicht. Der Umgang damit muss gelernt werden. Demokratie ist eben nicht pauschal etwas Selbstverständliches. Demokratie muss tatsächlich gelernt werden. Einstellungen und Haltungen können nicht geprobt oder geübt werden, werden jedoch geformt durch Bildung und Sozialisation.

Aus diesem Grund hat sich das Projekt Lola für Lulu mit der Fortbildungsreihe »AUGEN-BLICK mal! – Training für pädagogische Berufsgruppen« insbesondere den Kindertagesstätten zugewandt. Dazu wird zum einen das Fortbildungsprogramm selbst beschrieben. Zum anderen werden demokratiepädagogische Möglichkeiten für die präventive Arbeit mit Kindern benannt. Zusätzlich wird von den Herausforderungen berichtet, die sich ErzieherInnen und Eltern in Kindertagesstätten stellen, wenn Sie mit der Problematik des Rechtsextremismus



konfrontiert werden. Dabei kommen Menschen zu Wort, die beispielsweise mit rechtsextremen Eltern umgehen müssen oder aber eine Elterninitiative gegen eine rechtsextreme Erzieherin gegründet haben. Die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus wird in dieser Handreichung unter dem Fokus Geschlechterdemokratie dargestellt. Denn gerade diese Perspektive mitsamt ihrer Bedeutsamkeit für eine gleichberechtigte Teilhabe wird häufig vernachlässigt.

Hier setzt das Projekt Lola für Ludwigslust an, das der Amadeu Antonio Stiftung angehört und durch die Dreilinden gGmbH gefördert wird. Das Projekt widmet sich der Frage, wie sich Mädchen- und Frauenförderung mit der Weiterentwicklung demokratischer Kultur im ländlichen Raum der Neuen Bundesländer verbinden lässt. Das Projekt *Lola für Ludwigslust* arbeitet seit 2007 von dem Verständnis ausgehend, dass nicht nur Gleichwertigkeit zwischen Menschen mit verschiedenen Hintergründen, sondern auch Gleichwertigkeit und Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern für eine gelingende demokratische Gesellschaft unabdingbar ist.

Die Amadeu Antonio Stiftung hat als Trägerin des Projektes ganz bewusst den Schritt in den ländlichen Raum nach Mecklenburg-Vorpommern gewagt: Der Landkreis Ludwigslust ist, wie auch andere ländliche Regionen, dünn besiedelt und von Abwanderung geprägt. Zudem ist der Landkreis Ludwigslust geprägt von einer starken rechtsextremen Szene, bestehend aus Kameradschaften und NPD-Funktionären, die mit ihren Familien im Landkreis leben. Im Kontext der DDR-Geschichte und des politischen Umbruchs nach 1989 lässt sich eine im Vergleich zur ehemaligen Bundesrepublik eher zögerliche Zivilgesellschaft beobachten, auch wenn in vielen Orten engagierte DemokratInnen zu finden sind. Diese in ihrem Engagement zu unterstützen hat sich die Amadeu Antonio Stiftung seit ihrer Gründung auf die Fahnen geschrieben.

Was ist Gender?

[ˈdʒɛndə] Der Begriff »Gender« kommt aus dem Englischen und bedeutet soviel wie kulturelles oder soziales Geschlecht. Er wird dem biologischen Geschlecht (engl. »sex«) gegenübergestellt. Er widerspiegelt so die Einsicht, dass Geschlechterunterschiede und Hierarchien zwischen den Geschlechtern nicht naturgegeben sind. Sie müssen als soziale und kulturelle Eigenschaften angesehen werden, die historisch gewachsen sind. Dieser Schritt ist von Bedeutung, da etwas, das historisch gewachsen ist, als veränderbar verstanden wird. Hingegen nehmen wir das, was wir als naturgegeben interpretieren als unveränderlich hin. Über »Gender« nachzudenken bedeutet daher, das zu hinterfragen, was wir über Männer und Frauen zu wissen glauben und die Ungleichbehandlung auf allen Ebenen in Frage zu stellen.

In diesem Zusammenhang sind wiederholt PädagogInnen aus dem Landkreis Ludwigslust an *Lola für Ludwigslust* herangetreten, die mit rechtsextremistischen, antidemokratischen und diskriminierenden Einstellungsmustern von Eltern konfrontiert wurden und sich im Umgang damit hilf- und ratlos sahen. Doch wie können wir Kinder gegen Rechtsextremismus schützen? Wie kann eine präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus Querschnittsaufgabe in pädagogischen Einrichtungen werden, ohne dass dies als Zusatzaufgabe empfunden wird?

In den vielfältigen Publikationen für eine gelingende pädagogische Arbeit der Rechtsextremismusprävention wird sich bisher wenig mit Fortbildungen für PädagogInnen in Kindertageseinrichtungen auseinandergesetzt. Von daher legt diese Handreichung einen Schwerpunkt auf diese wichtige Zielgruppe – nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass »der frühe Vogel den Wurm fängt«¹.

Lola für Ludwigslust – und warum eigentlich Gender?

Rechtsextremismus wird nach wie vor oft als ausschließlich männliches Problem wahrgenommen. In der Aufklärung über die rechtsextremen Szene, aber auch in der medialen Darstellung wird die Beteiligung von Mädchen und Frauen am Rechtsextremismus nur selten angesprochen. Die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus zielt implizit oft nur auf Jungen ab. Geschlechterreflektierte Ansätze und das Verständnis von Geschlechterdemokratie sind daher ausbaufähig. Durch verschiedene Ansätze zeigt *Lola für Ludwigslust* modellhaft im Landkreis Ludwigslust, dass diese Themen, Gender und Rechtsextremismusprävention, verzahnt werden können. Das Modellprojekt *Lola für Ludwigslust* legt den Fokus ganz speziell auf Mädchen und Frauen. Diese sind an vielen Stellen immer noch strukturell benachteiligt, ob nun in den Bundesländern der ehemaligen DDR oder in den alten Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. Zudem wird das Ziel verfolgt, auf Aktivitäten von Frauen in der rechten Szene aufmerksam zu machen. *Lola für Ludwigslust* will darüber aufklären, und damit die Perspektiven der politischen, zivilgesellschaftlichen und pädagogischen Ebenen erweitern. Mit den Schwerpunkten Frauenförderung und Geschlechterdemokratie bieten sich neue Möglichkeiten für die präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Grundsätzlich arbeitet *Lola für Ludwigslust* mit folgenden Leitzielen:

- Das Projekt tritt für eine geschlechtergerechte, demokratische Kultur im Landkreis Ludwigslust ein.
- Es engagiert sich dafür, dass Gender als Analyse-Kategorie für Rechtsextremismus etabliert wird.

¹ Peter Rieker (Hg.): Der frühe Vogel fängt den Wurm, Deutsches Jugendinstitut e.V. 2004



- *Lola für Ludwigslust* entwickelt Ergebnisse, die modellhaft zeigen, dass Geschlecht als Kategorie in der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus unabdingbar ist.

Lola für Ludwigslust arbeitet in allererster Linie präventiv zum Thema Rechtsextremismus. Und das nicht nur mit Mädchen und Frauen. Dies lässt sich gerade in dünn besiedelten Regionen eher schwer umsetzen. Und da auf vielen Ebenen Männer Ansprechpartner sind und auch die Vorstellungen über das männliche Geschlecht reflektiert werden müssen, sind auch Jungen und Männer als Zielgruppen in die inhaltlichen Arbeit des Projektes eingeschlossen. Dies gilt gerade in den Bereichen, in denen pädagogisch mit Jugendlichen gearbeitet wird. Hier entwickelt die Amadeu Antonio Stiftung mit *Lola für Ludwigslust* neue Ansätze für die geschlechterreflektierte Kinder- und Jugendarbeit.

»Dabei geht es darum, festgelegte Geschlechterrollen kritisch in den Blick zu nehmen und reflektierte, neue Sichtweisen zu eröffnen. Dieser Focus ist gerade aus Perspektive der Rechtsextremismusprävention wichtig. Rigide Geschlechterrollen, Vorstellungen vom »richtigen Mann« und das Bild der »deutschen Mutter« prägten den Nationalsozialismus. Sie spielen, wenn auch verändert und ausdifferenziert, in vielen Bereichen der rechtsextremen Szene auch heute eine Rolle. Wenn Mädchen oder Jungen in die rechte Szene einsteigen, so orientieren sie sich oft an diesen Bildern. Bisher beschäftigen sich jedoch nur wenige Praxisprojekte mit diesen Fragen oder arbeiten geschlechterreflektiert.«²

² Radvan, Heike und Wergin, Anne-Rose: »Arbeit gegen Rechtsextremismus feministisch gedacht - Erfahrungen aus dem Modellprojekt Lola für Lulu« in: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin: Metropolis (im Erscheinen).

Neben der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen ist es *Lola für Ludwigslust* sehr wichtig, öffentlich über die Projekt-relevanten Themen zu informieren und zu diskutieren. Im Vordergrund steht dabei auch die Vernetzung jener engagierter Menschen, die sich im Landkreis Ludwigslust für eine lebendige Demokratie und eine wache Zivilgesellschaft einsetzen. So findet beispielsweise regelmäßig der »politische Salon«³ in den Räumen von *Lola für Ludwigslust* statt. Themen, wie z.B. die Lebenssituation von Migrantinnen oder die Erfahrungen von Frauen, die aus der rechtsextremen Szene ausgestiegen sind, werden diskutiert.

»Ein demokratisches Miteinander ist hier mit der Idee verknüpft, dass verschiedene Perspektiven Raum erhalten, alle Teilnehmenden sich einbringen können, gehört werden und letztlich Positionen diskutiert und ausgehandelt werden. Insofern geht es um lebendige, aktiv gelebte Demokratie: Diskussionen führen zu können, mehrere Meinungen stehen zu lassen, eigene Positionen einzubringen.«⁴

Neben verschiedenen Projekten hat *Lola für Ludwigslust* für den eigenen Projektfonds spezifische Förderrichtlinien entwickelt, um Initiativen, Vereine, und Engagierte beratend und finanziell bei der Umsetzung von bspw. einem Jugendfestival, Mädchenfußball oder einem Theaterprojekt zu unterstützen.⁵

Durch die eigenen Projekte, den langjährigen Erfahrungen der Amadeu Antonio Stiftung, den eigenen Projektfonds sowie die Nähe zu den verschiedensten Zielgruppen von *Lola für Ludwigslust* entwickelte sich eine Beratungsstruktur, die Vereine, Politik, aber auch Einzelpersonen, pädagogische Institutionen zur Thematik Rechtsextremismus berät. Die Beratung hat die pädagogische Intervention aber auch die Begleitung in Krisensituationen im Blick. Ein Schwerpunkt in der beratenden Arbeit entwickelte sich mit Kindertagesstätten im Landkreis Ludwigslust. Vorausgegangen ist dem jene Fortbildungsreihe, welche die Qualifizierung von PädagogInnen zum Thema »Gender in der Rechtsextremismusprävention« beinhaltet und die hier dokumentiert wird.

Häufig liegt der Schwerpunkt in der medialen Darstellung auf rechtsextremen Männern. Die Fotos der vorliegenden Handreichung zeigen verschiedene Erscheinungs- und Beteiligungsformen rechtsextremer Frauen.

³ Vgl. www.lola-fuer-lulu.de

⁴ Radvan, Heike und Wergin, Anne-Rose: »Arbeit gegen Rechtsextremismus feministisch gedacht - Erfahrungen aus dem Modellprojekt Lola für Lulu« in: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin: Metropol (im Erscheinen).

⁵ Vgl. www.lola-fuer-lulu.de

2. »AUGEN-BLICK mal! – Training für pädagogische Berufsgruppen«

Im Herbst 2009 startete *Lola für Ludwigslust* unter dem Titel »AUGEN-BLICK mal! – Training für MultiplikatorInnen«, ein Qualifizierungs-Projekt, welches sich an PädagogInnen aus verschiedenen Berufsgruppen im Landkreis Ludwigslust richtete. Ziel des Projektes war es, eine an den beruflichen Erfahrungen der Teilnehmenden orientierte Fortbildung zu entwickeln und zu erproben, die nicht nur eine Sensibilisierung bei den Teilnehmenden für rechtsextreme Ausdrucks- und Erscheinungsformen im Blick hat. Der Schwerpunkt der Fortbildung lag auf der Auseinandersetzung über Möglichkeiten präventiver Arbeit mit Kindern. Ansätze präventiver Arbeit mit dem Fokus Gender wurden vorgestellt und weiterentwickelt.

Die Fortbildungsreihe war methodisch und didaktisch darauf angelegt die Teilnehmenden durch ihre beruflichen und privaten Erfahrungen als Mitgestaltende zu begreifen. Demokratie und Partizipation sollten in dem entwickelten Fortbildungsprogramm nicht nur Inhalte sein, sondern gleichfalls erlebt werden können. Partizipierende Ansätze können demokratische Handlungskompetenzen stärken und so zu einem kritischen und aktiven Umgang mit antidemokratischen Erscheinungsformen qualifizieren. Wie der Umgang mit der Problematik des Rechtsextremismus gestaltet wird, ist jedoch immer abhängig von der Persön-





lichkeit jeder einzelnen Person. Die eigene Biographie, eigene Partizipations-Erlebnisse, das eigene Verständnis von Geschlechterrollen u.v.m. beeinflussen, wie offensiv mit der genannten Thematik umgegangen werden kann. Pauschale starre Handlungswege für eine gelingende präventive Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus helfen oft nicht weiter. Diese stoßen zwar in Fortbildungen auf Zustimmung, sind jedoch in der Praxis von MultiplikatorInnen kaum anwendbar. Auf Grundlage dieser These ist die folgende Beschreibung der Fortbildungen nur als Modell zu verstehen, das je nach Gegebenheit verändert, individualisiert und angepasst werden muss. Darauf aufbauend mussten die Referentinnen ein sehr hohes Maß an Spontaneität in Gruppenprozessen, Flexibilität in der Wissensvermittlung und Gestaltung der einzelnen Seminare einbringen.

Für die TeilnehmerInnen der verschiedenen Berufsgruppen wurden jeweils drei Seminare mit je fünf Stunden als Grundlage⁶ konzipiert, welche sich über einen Zeitraum von drei bis fünf Wochen erstreckten. Es zeigte sich, dass der Abstand zwischen den einzelnen Seminaren bedeutsam war für die Verarbeitung und Reflektion der Seminarprozesse und Seminarinhalte. Die TeilnehmerInnen hatten die Möglichkeit, Bestandteile der Seminare entlang der eigenen Praxis zu überprüfen. Insgesamt wurden von Oktober 2009 bis Februar 2011 fünf Berufsgruppen aus pädagogischen Einrichtungen qualifiziert. Dazu zählen ErzieherInnen in Heimen, Kindertagesstätten und Grundschulen, sowie LehrerInnen aus Grundschulen, SozialarbeiterInnen aus dem Bereich der offenen Sozialarbeit, jedoch auch MitarbeiterInnen aus Jugendämtern. Im folgenden Verlauf fokussiert

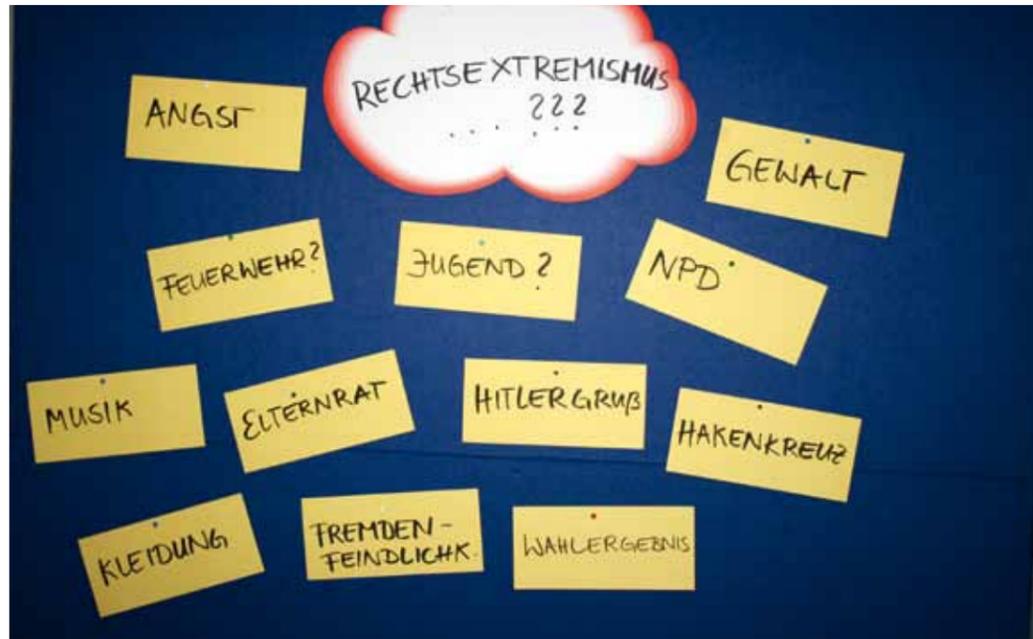
⁶ siehe Anhang

sich die Handreichung auf die Fortbildungen mit Erzieherinnen⁷ aus Kindertageseinrichtungen.

Den Leitzielen des Projektes *Lola für Ludwigslust* folgend, stellten die Themen »Frauen im Rechtsextremismus« und »geschlechterreflektierte pädagogische Ansätze« besondere Schwerpunkte in den jeweiligen Workshops dar. Des Weiteren war die Verknüpfung von politischem Lernen und Demokratielernen zwar zuerst nicht eingeplant, entwickelte sich jedoch aus den Bedürfnissen der Teilnehmerinnen heraus. Auch nach zwei Jahrzehnten demokratischer Staatsform in einer Region, die vor 1989 an der innerdeutschen Grenze lag, ist es wichtig, Grundlagenwissen über demokratische Strukturen zu vermitteln. Dies ist notwendig für eine pädagogische Haltung, die Partizipation ermöglicht. Darüber hinaus empfanden sich viele Teilnehmerinnen einerseits als unpolitisch, hatten aber andererseits ein großes Interesse sich mit dem Thema Demokratie zu beschäftigen. Vor diesem Hintergrund haben die Referentinnen gemeinsam mit den Teilnehmerinnen die Grundlagen der Demokratie als »Staatsform« im Seminar erarbeitet. Daraus entwickelte sich eine Diskussion darüber, dass »Demokratie« auch als Bereicherung für die persönliche und pädagogische Haltung verstanden werden kann.

Generell sind PädagogInnen gefordert in ihren Einrichtungen eine Kultur zu schaffen, in der die Rechte der Kinder und Jugendlichen ernst genommen werden. Und damit sind nicht nur die Rechte auf Bildung und Begleitung gemeint. Es wäre wünschenswert, dass sie eine Kultur schaffen, in denen Kinder und Jugendliche ganz selbstverständlich demokratische Strukturen und demokratisches Verhalten erlernen. Dazu gehört unter anderem die Auseinandersetzung mit den Kinderrechten und den Menschenrechten. Insofern waren die Ansätze der Demokratiepädagogik für das Trainingsprogramm relevant. Dies war vor allem bei der Darstellung präventiver Handlungsmöglichkeiten der Fall. Je früher Kinder demokratische Verhaltensfähigkeiten ausüben, umso mehr wachsen sie zu Persönlichkeiten heran, die tolerant sind gegenüber vermeintlich »Anderen« sowie Geschlechtergerechtigkeit als etwas ganz selbstverständliches betrachten. Kinder brauchen auch Erfahrungen, um konstruktives Streiten zu lernen. Indem Ihnen dafür, aber auch für ihre eigenen Belange und die der Gemeinschaft Verantwortung übertragen wird, wird ihr Selbstwertgefühl gestärkt und gefördert. Das setzt jedoch voraus, dass es in den Einrichtungen entsprechend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, die eine Anerkennungskultur schaffen, welche es ermöglicht, dass Kinder und Jugendliche in Entscheidungen einbezogen und ihre Bedürfnisse, Wünsche und Urteile ernst genommen werden. Grundlage dafür ist es, dass Kinder und Jugendliche ihre Rechte kennen.

⁷ da aus dieser Berufsgruppe nur Frauen an den Fortbildungen teilnahmen, wird in den Beschreibungen zu den Seminaren auf die geschlechtergerechte Schreibweise verzichtet



2.1. Inhalte und Ziele

2.1.1. Erstes Seminar: Einführung Rechtsextremismus

Im 1. WS wurden die Teilnehmerinnen mittels vielfältiger methodisch-didaktischer Ansätze (Gruppenarbeit, Diskussion, Filmvorführung, Power Point) mit den Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen des Rechtsextremismus, insbesondere im Landkreis, vertraut gemacht. Sie wurden darüber hinaus auf die geschlechtsspezifischen Dimensionen im Rechtsextremismus aufmerksam gemacht.

Die Teilnehmerinnen erarbeiteten sich eine eigene Definition von Rechtsextremismus. Darüberhinaus wurden sie mit den Merkmalen der rechtsextremen Szene vertraut gemacht. Dazu gehörte auch die Analyse von rechtsextremen Organisationen und Personen im Landkreis Ludwigslust. Neben jugend- und familienspezifischen Erscheinungsformen wurde der Fokus besonders auf die Geschlechterideologie und auf das festgelegte Bild der Geschlechterrollen der rechtsextremen Szene gelegt. Die dortigen Geschlechterrollen bieten besondere Anschlussmöglichkeiten an die Mehrheitsgesellschaft, da sie an die traditionell-bürgerliche Arbeitsteilung anknüpfen. Ein herausragendes Interesse der Teilnehmerinnen entstand bei dem Themenfeld »Frauen im Rechtsextremismus«. Die prozentuale Beteiligung von Frauen in den vielfältigen Bereichen der rechtsextremen Szene (Wählerschaft, Straftaten, Gruppierungen) sorgten genauso für Erstaunen, wie die Themen und Ziele und die mehrschichtigen Formen des Engagements rechtsextremer Frauen. Durch regionale Bezüge in den Beispielen konnte die Wirksamkeit rechtsextremer Frauen in der Nachbarschaft und dem weiteren gesellschaftlichen

Leben vor Ort verdeutlicht werden. Die Teilnehmerinnen hatten diese Dimension unterschätzt. Zum einen stimmte das Freuenbild der Teilnehmerinnen nicht mit dem gefährlichen Bild der gewaltbereiten rechtsextremen Szene überein. Zum anderen sind es vor allem Frauen, denen die Erzieherinnen in Kindertageseinrichtungen begegnen. Zwangsläufig entstand ebenfalls in diesem Seminar die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Gefährdung des Kindeswohls und der menschenverachtenden Ideologie der rechtsextremen Szene.

Das Wissen über die Thematik »Rechtsextremismus« wird oftmals durch die Medien geprägt, daher waren die Teilnehmerinnen gefordert, einen eigenen Zugang zum Thema zu entwickeln. Ziel war es hier, die Klischees der TeilnehmerInnen zu hinterfragen, durch Wissensvermittlung aufzubrechen, sie aufzuklären und für die Gefahren des Rechtsextremismus zu sensibilisieren. Darüber hinaus sollte deutlich werden, dass Rechtsextremismus nicht auf das männliche Geschlecht reduziert werden kann. In wachsendem Maße nehmen auch Mädchen und Frauen einen Stellenwert in der rechten Szene ein und erfüllen dort ebenfalls wichtige Funktionen. Dieser Fokus ist wichtig, da die Teilnehmerinnen in einer Region leben und arbeiten, in der rechtsextreme Familien sehr präsent und wirkungsvoll sind.

2.1.2. Zweites Seminar: Pädagogische Handlungsmöglichkeiten

Das 2. Seminar konzentrierte sich auf konkrete Handlungsoptionen im Umgang mit demokratiefeindlichen und rassistisch eingestellten Erwachsenen. Darüber hinaus erarbeiteten die Teilnehmerinnen Möglichkeiten ausgrenzenden Tendenzen bei Kindern pädagogisch zu begegnen, beziehungsweise diesen vorbeugen zu können.

In diesem Seminar setzten sich die Teilnehmerinnen aktiv mit den Merkmalen von Demokratie und Diktatur auseinander und machten sich mit den Inhalten der Demokratiepädagogik vertraut. Darüber hinaus haben sie präventive Ansätze zur Begegnung von Vorurteilen und Diskriminierungen kennen gelernt. Ein besonderen Schwerpunkt war hier die Erarbeitung geschlechterreflektierender Ansätze in der pädagogischen Arbeit, wie beispielsweise geschlechts-untypische Angebote für Kinder, Benutzung einer geschlechtergerechten Sprache, Vermeidung von Homogenisierungen und Etikettierungen. Durch die Arbeit an diesen Themen und deren Reflektion fühlten sich die Teilnehmerinnen bestärkt, eine Anerkennungskultur in den Einrichtungen auszubauen, in der Kinder im Mittelpunkt stehen und in der sie sich mit ihrer eigenen Haltung als Vorbild empfinden können.

Es ging in diesem Seminar um die Sensibilisierung und Reflektion der eigenen Haltung bezüglich Demokratie und Partizipation. Die Selbstreflexion hatte das Ziel, eine individuelle, demokratische Haltung ggf. zu entdecken und zu unter-



streichen. Auch wurde nach Möglichkeiten gesucht, eine demokratische Haltung in der eigenen pädagogischen Arbeit vermittel- und erlebbar zu machen.

2.1.3. Drittes Seminar: Reflektion und Vergewisserung der eigenen Arbeit

Im 3. WS benannten die Teilnehmerinnen jeweils eine Situation, welche sich in ihrem pädagogischen Alltag als Herausforderung dargestellt hatte. Diese Fälle standen im Zusammenhang mit den Themen Rechtsextremismus und/oder Diskriminierung und wurden gemeinsam im Sinne von kollegialer Fallberatung diskutiert. Zudem wurden weitere Fragen und Themen aufgegriffen, die im Verlauf der ersten beiden Seminare offen geblieben sind und mit dem beruflichen Alltag der Teilnehmerinnen in Verbindung stehen:

- Wie erkenne ich, ob und wie stark Eltern in die rechtsextreme Szene verstrickt sind?
- Wie reagiere ich, wenn Kinder, Jugendliche oder Eltern in meiner Einrichtung mit Kleidung auftauchen, die dem rechtsextremen Milieu zugeordnet werden kann?
- Was tue ich, wenn Rechtsextreme auf einer Veranstaltung meiner Einrichtung auftauchen?
- Welche Möglichkeiten gibt es, Strukturen der pädagogischen Einrichtung vor Unterwanderung von rechtsextremen Eltern zu schützen?

Ziel war es hier, die Handlungskompetenz der Teilnehmerinnen durch Reflektion und das gemeinsame Erarbeiten von Handlungsmöglichkeiten zu stärken. Da methodisch an die Erfahrungen der Teilnehmerinnen angeknüpft wurde, konnte das erworbene Wissen leicht in die Problembearbeitung aufgenommen werden. Die einzelne Teilnehmerin konnte in ihrer Arbeit wahrgenommen und wertgeschätzt werden.

3. Herausforderungen an die pädagogische Arbeit in Kindertagesstätten

3.1. Demokratie ist (k)ein Kindergeburtstag

Die bereits beschriebene Fortbildung hatte neben der Sensibilisierung für rechts-extreme Einflüsse auch das Unterstreichen der eigenen demokratischen Haltung zum Ziel. Doch was hat Demokratie eigentlich in der Pädagogik zu suchen?

In den vergangenen Jahren ist das Thema Gewalt und Aggression bei Kindern immer stärker in den Fokus der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen gerückt. Kinder, die sich nicht ausdrücken können, ihre Meinung nicht mit Worten, sondern mit Fäusten verteidigen, fordern PädagogInnen heraus. In der Diskussion über die bei vielen Kindern zu beobachtende mangelnde Impulskontrolle, spielt zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung auch die Herkunft eines Kindes eine große Rolle. Nach dem Motto: »bei den Eltern kann ja auch nichts aus dem Kind werden«, werden Kindern aus schwierigen Elternhäusern Etikettierungen auferlegt, die für sie oftmals schwer wieder ab zu schütteln sind. Daneben zeigt sich auch die Entwicklung, dass sich die Verantwortung für die Entwicklung von Kindern immer mehr in Richtung der pädagogischen Einrichtungen verschiebt. Ob nun Ganztagsgrundschulen oder der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte, bzw. das verpflichtende Vorschuljahr: PädagogInnen, auch und gerade im Elementarbereich werden nicht mehr nur als »Versorger« gesehen, sondern sind auch in der Erziehung und Bildung des Kindes



gefordert. Das Ziel, Kindern nicht nur einen behüteten Ort zu bieten, sondern sie auch bei der geistigen Entwicklung zu unterstützen, Normen und Werte zu vermitteln, lässt sich in den Bildungskonzeptionen und Rahmenplänen der Einrichtungen und Länder nachlesen. PädagogInnen sollen dafür Sorge tragen, dass Kinder »stark gemacht« werden. Im Idealfall arbeiten Eltern und Mitarbeitende pädagogischer Einrichtungen gemeinsam an der Entwicklung des Kindes hin zu einem sprachfähigen und reflektiertem Individuum. Doch was bedeutet das konkret? Und wie kann das gelingen?

In Deutschland entscheidet die Mehrheit der Bevölkerung über die Regierung und damit über den Kurs der Politik. Auf Grundlage des Grundgesetzes und der Menschenrechte kann sich jede/jeder in die Gesellschaft einbringen. Das setzt u.a. voraus, dass der Wille zur Beteiligung vorhanden ist und auch der Sinn und Zweck von Partizipation an der Gesellschaft verinnerlicht wurde. Vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung, die Deutschland durch die Zeit des Nationalsozialismus aber auch der DDR-Diktatur trägt, wurden in den vergangenen Jahrzehnten verschiedenste Programme und Perspektiven der politischen Bildung entwickelt. Dies ist eine Entwicklung, die Kindertagesstätten inzwischen auf der pädagogischen Ebene erreicht hat. Vielerorts wird von Partizipation gesprochen und Modellprojekte wurden entwickelt.

In der Fortbildungsreihe »AUGEN-BLICK mal!« wurde deutlich, dass Erzieherinnen die Kinder in Ihren Einrichtungen beteiligen möchten, der demokratischen Erziehung jedoch distanziert gegenüber stehen. Äußerungen wie »Demokratie? – Das findet doch in Berlin statt« oder »die da oben entscheiden wie sie wollen« machen deutlich, dass in der Zeit nach dem politischen Umbruch 1989 politische Bildung versäumt wurde. »Demokratie« wird als etwas Abstraktes empfunden. Gerade für PädagogInnen stellt sich die Herausforderung dies herunter zu brechen und in ihrer beruflichen Praxis zu implementieren. Denn letztendlich ist Demokratie nicht nur irgendeine Staatsform. Es ist eine Staatsform, die erlernt werden muss, im Gegensatz zur Diktatur in der einzelnen vorgeschrieben wird, wie sie sich zu verhalten haben. Demokratie ist daher auch eine Frage der Haltung, vor allem eine Frage der pädagogischen Haltung.

Dem Gedanken folgend, dass Partizipation für die Entwicklung des Kindes eine große Chance darstellt, Ressourcen zu entdecken und die eigene Individualität zu entwickeln, ergibt sich die Notwendigkeit und die Verpflichtung, Kindern in pädagogischen Einrichtungen ein Mitspracherecht zu gewähren. Dies bedeutet, sie als Individuum, unabhängig von Religion, sozialer Zugehörigkeit und Geschlecht wahr zu nehmen und sie mit ihren Empfindungen, Bedürfnissen aber auch Lebenslagen überall dort zu beteiligen, wo es möglich ist. Kinder sollten die Chance auf freie Meinungsäußerung haben, jedoch auch lernen, andere Meinungen zu akzeptieren. Kinder sollten darin unterstützt werden, das was



ihnen begegnet, kritisch zu hinterfragen. Kinder sollten aber auch lernen ihre eigenen Interessen gewaltfrei umzusetzen. Dazu gehört auch, dass Kinder ihre eigenen Grenzen einschätzen können und die Wirkung ihres eigenen Handelns für sie erlebbar gemacht wird.

Auch wenn Partizipations-Projekte im Diskurs der frühkindlichen Entwicklung längst einen großen Stellenwert haben, lässt sich beobachten, dass in der Praxis diese Konzepte wie etwas »Zusätzliches« behandelt werden. Mit der Aussage »was soll ich denn noch alles machen« bringen einige PädagogInnen ihre eigene Überforderung zum Ausdruck. Hier ist es unabdingbar, Vermittlung von Demokratie und die Chancen durch Partizipation auch den Mitarbeitenden in diesen pädagogischen Einrichtungen näher zu bringen. Demokratie lernt sich nicht nur durch das Lesen von Konzepten.

Gerlinde Lill schreibt zum Begriff »Haltungsänderung«:

»Da Haltungen aus Handlungen und Erfahrungen erwachsen, also nicht per Kopfscheid abgerufen werden, kann man (...) keine andere Haltung ›lehren‹. Umerziehungslager sind immer gescheitert.«⁸

Jedoch kann es in jeder pädagogischen Einrichtung eine Frage der Qualitätsentwicklung sein, inwiefern Machtverhältnisse (auch zwischen Kindern und PädagogInnen) reflektiert, neue Ideen entwickelt und damit neue Erfahrungsräume geschaffen werden.«

8 Gerlinde Lill: »Begriffe versenken – Haltungsänderung«, in: *Betrifft Kinder* 05/2011, S.20.



Zuschreibungen, die Kindern oft gemacht werden, auf Grundlage Ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft, können in diesem Rahmen hinterfragt und verändert werden. Ausgehend davon, dass Demokratie auf Gleichberechtigung basiert, ist der Ansatz hier in den Fokus zu rücken, dass es in der modernen Gesellschaft nach wie vor Brüche in der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern gibt. Nach wie vor sind Vorstellungen, wie sich ein »richtiger Junge« und ein »richtiges Mädchen« zu verhalten haben, weit verbreitet. Das zeigt sich häufig in der Erziehung von Kindern, denen qua Geschlecht bestimmte Verhaltensweisen von Eltern, aber auch PädagogInnen zugeschrieben werden. Für die Entwicklung der Kinder hat dies Folgen: die Individualität von Mädchen und Jungen wird nicht wahrgenommen und demnach werden auch nicht ihre Potentiale gefördert, wenn der pädagogische Blick von Etikettierungen geprägt ist. Diese festgelegten Rollenbilder sind breit in der Gesellschaft verankert und schließen auch an Vorstellungen über Geschlechterrollen an, die in der rechtsextremen Szene vertreten werden. Einerseits entsteht hier die Herausforderung an PädagogInnen, Geschlechtergerechtigkeit als eine Säule der Demokratie zu verstehen und andererseits ihre eigenen Vorstellungen von »Weiblichkeit« und »Männlichkeit« zu hinterfragen.

Demokratie lernen Kinder durch Partizipation. Und durch Partizipation lernen Kinder Sprachfähigkeit, Kritik zu verstehen und sich selbst als Individuum

zu begreifen. Dies ist auch eine grundlegende Aufgabe präventiver Arbeit gegen Rechtsextremismus. Von daher ist Prävention keine zusätzliche Aufgabe, sondern ein Querschnittsthema in der pädagogischen Praxis.

3.2. Machtverlust durch Partizipation?

Der Umstand, dass Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen in einer modernen und komplexen Gesellschaft bestehen, bewirkt einen ebenso komplexen Auftrag für ErzieherInnen. So stehen sie in der Verantwortung, die Potentiale aller Kinder unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Religion optimal zu fördern. Dazu gehört auch, dass Kindern die nötigen Kompetenzen vermittelt werden, damit sie in dieser Gesellschaft unter Anerkennung demokratischer Grundwerte urteilen und handeln können. Doch ab wann ist ein Kind reif für die Demokratie? Die Antwort lautet: Sobald das Kind von Erwachsenen an der eigenen Welt beteiligt wird, unabhängig vom Alter. Wie weit der Partizipationsgedanke gegenüber Kindern umgesetzt wird und ab welchem Alter Kinder beteiligt werden, hängt von der Einstellung und der Persönlichkeit der PädagogInnen ab. Denn Partizipation zu fördern, bedeutet Macht abzugeben.

Das Wort »Partizipation« entstammt dem Lateinischen (*participare*) und bedeutet teilnehmen, Anteil haben. Für PädagogInnen bedeutet dies in ihrer Praxis, Kinder an Entscheidungen teilhaben zu lassen und sie zu befähigen ihren Alltag mitzubestimmen. Grundlegendes Merkmal von Partizipation ist die Mitwirkung der Einzelnen bei Entscheidungen, die für die Gemeinschaft wichtig sind.

In Kindertagesstätten muss jeden Tag aufs Neue vieles entschieden werden. Themen wie die Essenswahl, Beschäftigungsangebote, aber auch die Entscheidung darüber, wer Bezugsperson für die Kinder ist. In den meisten Einrichtungen entscheidet darüber die Leitung, manchmal werden diese Entscheidungen auch dem Team der Mitarbeitenden überlassen. Doch was ist mit den Kindern? Und wer entscheidet eigentlich darüber, ob sie das Recht haben die genannten Entscheidungsprozesse zu beeinflussen? Hier wird deutlich, dass es die Erwachsenen sind, die in der Verantwortung stehen, Kinder in diese Prozesse zu integrieren. Genauer gesagt haben Erwachsene damit die Macht, zu entscheiden, was Kinder bestimmen dürfen und was nicht. Partizipation in vollendeter Form bedeutet also, dass Erwachsene ihre Macht an Kinder abgeben müssen. Grundsätzlich müssen PädagogInnen selbst reflektieren, welche Verteilung der Macht zwischen scheinbar ungleichen Partnern angemessen ist.

Dabei können Erwachsene in Konflikte geraten, bspw. wenn Kinder Entscheidungen treffen, die dem Fürsorge-Gedanken der PädagogInnen widersprechen. Zum Beispiel: Die Kinder einer Kindertagesstätte ziehen sich im Flur an, um im Garten spielen zu gehen. Draußen ist es kalt und windig. Anna stampft mit dem Bein auf, weil sie keine Jacke anziehen will. Kann Anna die Entscheidung über-

lassen werden? Oder muss hier die Fürsorge-Pflicht der ErzieherIn greifen, weil dem Kind möglicherweise der Überblick über die Konsequenzen ihres Handelns fehlt. Das Recht auf Mitsprache und auch das Thema Selbstverantwortung müssen in der Debatte um Partizipation eine Rolle spielen, damit Kinder Beteiligung und Entscheidungsprozesse auch wirklich lernen, anstatt nur auf Selbstbestimmung in ferner Zukunft geeicht zu werden. Was geschieht mit der Macht der ErzieherIn aus dem genannten Beispiel?

»Macht eines anderen ist etwas, das man fürchtet: Er kann uns zwingen, etwas zu tun, ob wir es wollen oder nicht. Macht ist suspekt: Menschen gebrauchen Macht um andere für ihre Zwecke auszubeuten. Macht erscheint als unethisch: Jeder Mensch sollte in der Lage sein, alle Entscheidungen für sich selbst zu treffen.«⁹

Ist es also unethisch, wenn die ErzieherIn aus dem Beispiel dem Kind auferlegt, doch die Jacke anzuziehen? In allen pädagogischen Beziehungen spielen Machtverhältnisse eine Rolle, nur wird das nicht gern reflektiert. Wer möchte schon zugeben, »unethisch« zu handeln. Hier geht es jedoch nicht darum, Machtausübung zu verteufeln. Denn Kinder brauchen verlässliche, strukturierende und auch »mächtige« Erwachsene, zu denen sie Vertrauen aufbauen können.

»Strukturelle Macht in pädagogischen Einrichtungen wird von allen Beteiligten in der Regel so lange als unveränderbar hingenommen, wie die dadurch entstandene formale Macht nicht missbraucht wird. So kommen pädagogische Fachkräfte selten auf den Gedanken, das Machtverhältnis zwischen Ihnen und den Kindern in Frage zu stellen. Zumal dieses Machtgefälle in der Erziehungsbedürftigkeit begründet zu sein scheint – ist es doch für Kinder überlebensnotwendig, dass Erwachsene »mit aller Macht« die (elterliche) Sorge übernehmen: sie füttern, wickeln, lieblosen, mit ihnen kommunizieren.«¹⁰

Um die Verteilung von Macht zwischen großen und kleinen Menschen reflektiert zu gestalten, bedarf es im pädagogischen Alltag und in Teams Offenheit, um dem ungeliebten Thema Raum zu geben. Hier könnten Lösungsmöglichkeiten gesucht werden, welche Handlungsoptionen der Erzieherin aus dem Beispiel zur Verfügung stehen. Vielleicht entdeckt sie dann, dass es zwischen einer Erkältung des Kindes und einer autoritären Anweisung noch andere Wege gibt, das Kind an dieser Entscheidung zu beteiligen. Partizipation verlangt und ermöglicht genau diesen Blickwinkel.

⁹ R. Hansen, R. Knauer, B. Sturzenhecker: Was bedeutet Partizipation und was macht sie mit der Macht der Erwachsenen?; in: *Betrifft Kinder* 05/11; S. 50; Elias 1991 S.97 Verlag das Netz

¹⁰ R. Hansen, R. Knauer, B. Sturzenhecker: Was bedeutet Partizipation und was macht sie mit der Macht der Erwachsenen?; in: *Betrifft Kinder* 05/11; S. 53; Verlag das Netz



3.3. Demokratiepädagogik unter Genderfokus

PädagogInnen sollten auch die eigene Haltung bezüglich Demokratie und Partizipation reflektieren können. Darüber hinaus stehen sie in der Verantwortung, sensibel zu sein für die Gefahr der Homogenisierung und Etikettierung von Kindern. Das folgende Interview mit Dr. Esther Lehnert beleuchtet diese Herausforderungen und zeigt die Chancen auf, die demokratisch orientierte pädagogische Arbeit unter dem Fokus Gender für die Entwicklung von Kindern bieten kann.

Demokratiepädagogik unter Genderfokus, was heißt das?

Demokratiepädagogik ist meines Erachtens ohne Genderfokus nicht vollständig. Eine Grundbedingung für demokratisches Miteinander bedeutet auch eine Demokratie der Geschlechter. Erst wenn zwischen den Geschlechtern Gleichberechtigung besteht, und Jungs oder Mädchen das tun können, was sie möchten, unabhängig von Geschlechtszuschreibungen, dann sind wir auf dem Weg zu einer »wirklich« demokratischen Gesellschaft. Demokratische Gesellschaft meint hier, dass die Partizipation aller Menschen (auch unabhängig von ihrem Geschlecht) in allen Teilen der Gesellschaft verwirklicht ist. Das sollte Vision und Ziel jeder Form von Demokratiepädagogik sein.

Welche Herausforderungen stellen sich ostdeutsch sozialisierten PädagogInnen im Zusammenhang mit Geschlechterdemokratie?

Die spezifischen Herausforderungen in den neuen Bundesländern liegen auch darin, dass der Begriff der Gleichberechtigung anders verstanden und anders



entwickelt worden ist. Ich meine damit nicht, dass Gleichberechtigung hier rückschrittlicher ist oder die Frauen in Ostdeutschland weniger gleichberechtigt wären. Was ich meine ist, dass sich Gleichberechtigung hier oft noch an der bezahlten Erwerbs-Arbeit orientiert. Gleichberechtigung meint jedoch noch viel mehr. Gleichberechtigung setzt eigentlich voraus, dass Menschen in die Lage versetzt werden, sich für Handlungen und Vorlieben entscheiden zu können, die sie spontan gerne machen wollen. Einfacher gesagt: wenn ein vierjähriger Junge das Bedürfnis hat, sich wie Pippi Langstrumpf zu kleiden, weil er die Bücher oder Filme gesehen hat, ist das absolut in Ordnung. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass er kein »richtiger« Junge ist. Andernfalls, wenn ein Mädchen gerne rauft und auf Bäume klettert, ist das erstmal das Interesse des Mädchens und kein Verhalten, was in die Schublade gepresst werden sollte: männlich oder weiblich. Es ist nicht damit getan, dass die Frauen irgendwann Berufe ergreifen und arbeiten gehen, dass alleine bedeutet noch nicht Geschlechterdemokratie. In den neuen Bundesländern ist das ganz lange so abgehandelt worden: wenn Frauen berufstätig sind wie die Männer, oder wenn Frauen in Führungspositionen kommen, dann ist das automatisch Gleichberechtigung oder Geschlechterdemokratie. Für PädagogInnen in Kindertagesstätten heißt das, in der Interaktion mit Kindern zu schauen, was dieses Kind will. Diese Bedürfnisse sind dann auch sehr ernst zu nehmen. Sie sollten nicht sofort eingeordnet werden in: das gehört sich nicht für einen Jungen, das gehört sich nicht für ein Mädchen.

Wenn Kita-ErzieherInnen mit den Kindern geschlechterreflektiert arbeiten, worauf müssen sie in Bezug auf diese klassischen Rollenbildern, besonders achten?

Vorab: es ist schön, wenn Kindertagesstätten geschlechterreflektierte Angebote machen wollen. Aber grundsätzlich wäre es wichtig einen Schritt zurück zu gehen, und erst einmal zu schauen, was die Kinder von sich aus einbringen. Dies nicht zu regulieren, wäre schon ein erster Schritt. Die Grundvoraussetzung für das Thema Geschlechterdemokratie ist die Fähigkeit zur Selbstreflexion. Das meint eine Auseinandersetzung mit den eigenen Vorstellungen, Werten und Leitsätzen. Ohne Selbstreflexion ist Geschlechterdemokratie bzw. sind geschlechterreflektierte Konzepte gar nicht möglich. Als Pädagogin muss ich mich damit auseinandersetzen, wie ich mich selbst in meiner Berufsrolle, in meiner eigenen Familie, in der Gesellschaft sehe. Und mit welchem Blick ich auf andere Frauen schaue. Was ist für mich typisch weiblich und was ist für mich typisch unweiblich, oder sind diese Kategorien für mich nicht wichtig? Und über diese Auseinandersetzung kann dann auch eine Auseinandersetzung mit der gegenüberliegenden Geschlechterrolle gesucht werden. Was verstehe ich unter männlich? Was verstehe ich unter unmännlich? Vielleicht komme ich dann sogar zu der Erkenntnis, dass es neben männlich und weiblich noch eine Vielzahl uneindeutiger Eigenschaften und Fähigkeiten gibt.

Jungs und Mädchen werden in der Regel gemäß ihrer zugeschriebenen Geschlechterrolle erzogen und sozialisiert. Betrachten wir bspw. die Erziehung zum »Aushalten-müssen« oder anders gesagt, die Erziehung zur Härte. Das ist eine Eigenschaft, die auch im Rechtsextremismus sehr wichtig ist in der Erziehung von Jungs. Die Annahme, dass Jungen »was aushalten müssen« bzw. härter sein sollten als Mädchen finden wir in Ansätzen in vielen demokratischen Einrichtungen. Und das hat was mit dem Bild von »richtigen« Männern, von »richtigen« Kerlen zu tun. Wenn es darüber keine kritische Auseinandersetzung gibt, werden diese Bilder auch immer wieder auf Kinder übertragen. Unabhängig davon ob es in der Einrichtung auch Tobe-Ecken für Mädchen gibt oder Schmusekissen für Jungs.

Haltung entwickelt sich durch Sozialisation, Erziehung, die eigene Kindheit. Ist die eigene Haltung hinsichtlich Geschlechterdemokratie veränderbar?

Ich habe sehr gute Erfahrungen darin gemacht biographisch und auch berufsbio-graphisch mit Erzieherinnen zu arbeiten. In der Auseinandersetzung mit dem eigenen »Mädchen sein« zu gucken, was war mir möglich und was war mir nicht möglich. Was war evtl. meinem Bruder möglich, mir aber nicht. Gerade für Frauen, die ihre eigene Gleichberechtigung betonen und das »Gerede über Gender« nicht notwendig finden, ist das ein guter Zugang. Da kommen Prozesse in Gang und es wird deutlich: Geschlechterrollen entstehen nicht im luftleeren Raum,



sondern reproduzieren sich in der Gesellschaft und in der eigenen Familie. Dabei geht es nicht darum, was falsch und was richtig ist. Sondern es geht darum Pluralismus deutlich zu machen, sich damit auseinanderzusetzen was man selbst eigentlich kann und dann in der Vielfalt auch eine Chance zu sehen. Durch die Reflektion der eigenen (vielleicht verpassten) Chancen wird erkennbar, was Zuschreibungen bedeuten in der eigenen Arbeit mit Mädchen oder Jungen.

Stellen wir uns ein fünfjähriges Mädchen vor, das gerne rauft, klettert und sich dagegen wehrt Kleider und Röcke anzuziehen. Die Eltern wenden sich an die Erzieherin auf der Suche nach Rat, weil sie möchten, dass ihr Mädchen sich wie ein richtiges Mädchen verhält. Was könnte die Erzieherin raten?

Die Erzieherin sollte mit den Eltern reflektieren, was der Begriff »richtiges Mädchen« eigentlich meint und darauf hinweisen dass der Begriff »richtiges Mädchen« vor 30 Jahren etwas anderes meinte als heute. Um aufzuzeigen, dass es da keine biologischen Konstanten gibt, sondern Geschlechterrollen auch veränderbar sind. Es wäre zudem wichtig, dass die Erzieherin die Ressourcen und die Vorzüge dieses Mädchens in den Vordergrund stellt. Vielleicht kann sie auch kritisch nachfragen: Wie wäre es den Eltern mit einem Sohn gegangen? Grundsätzlich sind Kinder plural und Zuschreibungen führen nur dazu, dass Kinder sich irgendwann einfügen müssen. Es gibt immer wieder Mädchen, die gerne ein Junge wären und umgekehrt, auch wenn es Jungen immer noch schwerer gemacht wird, derartige Wünsche überhaupt zu äußern. Wäre die Einteilung in männlich und weiblich nicht so kategorisch festgeschrieben, hätten Mädchen und Jungen viel mehr Möglichkeiten, so zu sein, wie sie sind und wie sie sich fühlen. Ich wünsche mir, dass für Erwachsene die Einteilung in Junge oder Mädchen eine geringere Rolle spielte. Dann hätten Kinder die Möglichkeit als Kinder, so großartig und individuell wie sie sind, wahrgenommen zu werden.

Welche Rolle spielt Homophobie, wenn Eltern sich sorgen, dass ihr Junge lieber ein Mädchen wäre?

Homophobe Einstellungen sind immer noch sehr salonfähig und tief verwurzelt in der Mitte der Gesellschaft, das ist den wenigsten bewusst. Dieser Spruch »Natürlich möchte ich nicht, dass mein Kind schwul oder lesbisch wird« ist zu tiefst diskriminierend und abwertend gegenüber allen Menschen, die nicht heterosexuell sind. Wer das äußert, macht deutlich, dass er oder sie sich für sein Kind einen Weg wünscht, der durch die eigene Norm gesetzt ist und bewertet Homosexuelle damit als »unnormale«. Das zu bearbeiten ist ein langwieriger Prozess, weil es bedeutet, eine Auseinandersetzung mit der eigenen Homophobie zu führen. Das ist eine Auseinandersetzung, die nicht mit einer Intervention getan ist. In diesen Fällen würde ich immer raten sich explizit an Fachberatungsstellen zu wenden, die das Thema Homophobie anbieten. Und es lohnt sich zu schauen, wer alles schwul und lesbisch in unserem Umfeld ist, in der Familie, erweiterten Familie und in der Gesellschaft.

Wie sieht die perfekte Kindertagesstätte aus?

Für mich wäre ein Kita perfekt, in der Männer und Frauen, verschiedene Generationen und Menschen mit verschiedenen ethnischen Hintergründen arbeiten, auch Menschen mit körperlichen Behinderungen. Also ein möglichst diverses Team. Die Kita sollte unbedingt barrierefrei sein. Alle Angebote, die Kindern gemacht werden, sind reflektiert worden. Es gibt nicht die typische Bauecke, keine Puppenecke, die Aufteilung der Einrichtung, auch des Spielmaterials ist an den Bedürfnissen der Kinder orientiert. Es sollte altersgemischt gemeinsam gearbeitet werden, projektspezifisch und nicht geschlechtsspezifisch. Generell befürworte ich die projektbezogene Arbeit. Dies erlaubt Kindern, zwischen Angeboten zu wählen, sie werden nicht in feste Strukturen gesteckt. Ein Team, das geschlechterreflektiert arbeiten will, kann gut damit umgehen, wenn ein Mädchen mit Puppen spielen will, da es dann auch andere Angebote geben wird. Und dann machen ErzieherInnen und auch Kinder die Erfahrung, dass unabhängig vom Geschlecht jeder und jede alles ausprobieren kann und seine Stärken und Talente entdecken kann. In dem Konzept der Kita ist geschlechterreflektiert Arbeit aufgeführt.

Dr. Esther Lehnert ist Erziehungswissenschaftlerin. Sie beschäftigt sich seit Jahren in der Wissenschaft und in der Praxis mit der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. Dr. Esther Lehnert ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus. Sie lebt mit ihrem Sohn in Berlin.

3.4 Kindeswohlgefährdung in rechtsextremen Familien

Mit der genaueren Betrachtung der rechtsextremen Szene, ihren Organisationen und der zu Grunde liegenden Ideologie wird eins deutlich: Es ist nicht die individuelle Entfaltung des einzelnen Menschen, die für Menschen mit rechtsextremer Einstellung im Vordergrund steht, sondern der Erhalt und Fortbestand der sogenannten Volksgemeinschaft. Die Zugehörigkeit zu dieser lehnt sich an das nationalsozialistische Bild der deutschen »Volksgemeinschaft« an. Wer in diesem ideologistischen Sinne nicht »deutsch« ist und somit nicht dem Ideal der rechtsextremen Ideologie entspricht, wird als minderwertig oder als Feind betrachtet. Nur jene, die dieser vermeintlichen Norm hinsichtlich »Rasse«, Gesundheit, sexueller Orientierung und politischer Einstellung entsprechen, gehören zur geschlossenen deutschen »Volksgemeinschaft«. Darüber hinaus erfolgt die Erziehung von Kindern in rechtsextremen Familien nicht im Sinne von Freiheit, Menschenrechten, Gewaltfreiheit und Schutz des Individuums. Ausgehend davon stellt sich die Frage, was dies für die Kinder von rechtsextremen Eltern bedeutet und welche rechtlichen Möglichkeiten PädagogInnen haben. Eine Antwort auf diese Frage berührt die ethische, juristische aber auch soziale, politische und pädagogische Ebene und lässt sich nur schwer beantworten.¹¹

Nicht nur die Aufgaben der Geschlechter sind in weiten Teilen der rechtsextremen Szene festgelegt, auch Kinder haben eine bestimmte Rolle. Die Kinder von rechtsextremen Eltern stellen die Zukunft dieses rassistischen Volkes oder der »Rasse« sicher. Sie sind demnach insofern schützenswert, als sie allein Beständigkeit garantieren.

»Der Kern ist dabei jedoch nicht der Schutz der Individualität des Kindes, sondern bereits hier tritt der Gedanke des Kollektivs und dessen Erhaltung in den Mittelpunkt. Kinder sollen in fest geformte Rollen rein wachsen, um von Erwachsenen festgelegte Aufgaben, die als biologisch definiert tituliert werden, zu erfüllen.«¹²

Es können im Zusammenhang mit der rechtsextremen Ideologie zwei besorgniserregende Muster beobachtet werden, die Auswirkungen auf das Kindeswohl haben können. Zum einen spielt die »Veralltäglichung« von Gewalt in der Lebenswelt rechtsextrem erzogener Kinder eine Rolle. In der rechtsextremen Szene existieren vor allem konstruierte Feindbilder. Gewalt wird jedoch nicht nur nach außen gerichtet akzeptiert, sondern oft wendet sich diese auch nach innen. Sexu-

¹¹ Vgl. Borstel/Wergin: Kindeswohl in rechtsextremen Familien – Gedankensplitter und Aufruf zu einer notwendigen Debatte; in: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Metropol Verlag Berlin, [im Erscheinen]

¹² Borstel/Wergin: Kindeswohl in rechtsextremen Familien – Gedankensplitter und Aufruf zu einer notwendigen Debatte; in: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Metropol Verlag Berlin, [im Erscheinen]

elle Gewalt¹³ kann sich auch in der Familie entladen bzw. kann sich gegen Frauen und Mädchen richten, die der eigenen Gruppe zugerechnet werden. Eine Aussteigerin berichtete davon, dass Frauen besonders in rechtsextremen Subkulturen verächtlich und ungleichwertig behandelt werden.¹⁴ Für Kinder, die aus diesen Bezügen kommen, ist Gewalt daher im Alltag präsent. Sie erleben Gewalt nach innen und nach außen gerichtet und gewöhnen sich daran. Jedoch liegt es nahe, dass alltägliche Gewaltverhältnisse immer neue Gewaltkulturen (re)produzieren können.¹⁵

»Gewalt ist in solchen rechtsextremen Familienzusammenhängen ein beständiges Moment der Alltagskultur solcher Kinder. Sie ist auch normal, weil sie unhinterfragt ist. Gewaltfreie Verhältnisse werden so im Bewusstsein dieser Kinder zu unnatürlichen Sonderverhältnissen.«¹⁶

Auch in den rechtsextremen Familien, in denen sich die Gewalt nicht nach innen richtet sondern »nur« nach außen, gilt diese Veralltäglichung der Gewalt bei Kindern.

In der Debatte um das Kindeswohl in rechtsextremen Familien spielt darüber hinaus noch ein zweiter Aspekt eine Rolle. Kindern aus diesen Familienzusammenhängen wird oft der Zugang zu nicht rechtsextremen Verhältnissen verwehrt. Somit fehlt den Kindern der Austausch mit anderen Lebensformen und die Begegnung mit kultureller Vielfalt. ErzieherInnen aus Kindertagesstätten, die Kinder aus rechtsextremen Familien in ihren Gruppen erleben, berichten von einer vergleichsweise ungewöhnlichen Zurückhaltung dieser Kinder, von ihrem Familienleben und beispielsweise von ihren Wochenendaktivitäten zu erzählen.¹⁷ Ein solches Verhalten kann Ausdruck des Drucks sein, den Eltern ausüben. Es liegt nahe, dass die Feindbilder der Eltern auf die Kinder übertragen werden und ihnen Zurückhaltung und Schweigen auferlegt wird. Das Misstrauen, welches sich dadurch bei den Kindern bildet, aber auch der Druck kann sich negativ auf die Entwicklung der Kinder auswirken.

Eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung eines Kindes ist das Erlernen

¹³ Vgl. Andrea Röpke, »Retterin der weißen Rasse«. Rechtsextreme Frauen zwischen Straßenkampf und Mutterrolle, Braunschweig 2005.

¹⁴ Bspw. T. Privenau auf einer Pressekonferenz zur Gründung der EXIT-Familienhilfe am 28.3.2008 in Berlin.

¹⁵ Vgl. Peter Waldmann, Veralltäglichung der Gewalt. Das Beispiel Kolumbien, in: Trutz von Trotha (Hrsg.), Soziologie und Gewalt, Wiesbaden 1997, S. 141–161.

¹⁶ Borstel/Wergin: Kindeswohl in rechtsextremen Familien – Gedankensplitter und Aufruf zu einer notwendigen Debatte; in: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Metropol Verlag Berlin, [im Erscheinen]

¹⁷ Vgl. Simone Rafael, Kita-Kinder aus rechtsextremen Familien: Sprachlos im Morgenkreis, dokumentiert auf: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/kita-kinder-aus-rechtsextremen-familien-sprachlos-im-morgenkreis-4591>, Berlin 2010.

von Vertrauen gegenüber dem sozialen Umfeld, zu dem nicht nur das familiäre Umfeld zählt. Auch die Begegnung mit Vielfalt, mit alternativen Lebensformen, sowie die Annäherung an »Fremdes« ist notwendig, um den Umgang mit Unvertrautem zu erlernen.¹⁸

Auch für Kinder gilt Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes, der beschreibt, dass die Würde eines jeden unantastbar ist. Nur können Kinder ihre Würde nicht immer selbst schützen, sondern sind dabei auf die Unterstützung von erwachsenen Vertrauenspersonen angewiesen. Welche Möglichkeiten haben ErzieherInnen in Kindertagesstätten mit dieser Problematik umzugehen? Im Grundgesetz ist für den Schutz des Kindes eine Hierarchie vorgegeben:

»Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.«¹⁹

Im Unterschied zu Diktaturen schützt die Demokratie vor staatlichem Zugriff von Geburt an. Sie weist die Verantwortung für das Kindeswohl den Eltern zu. Sollte dem Kindeswohl nicht Sorge getragen werden, ist der Staat zum Eingriff verpflichtet, um das Kind zu schützen. Dies geschieht womöglich auch durch die Trennung des Kindes von seinen Eltern.

Falls also PädagogInnen Formen der Gewalteinwirkung auf ein Kind bemerken, sind die Reaktionsformen des Jugendschutzes über die Jugendämter klar geregelt, ob mit oder ohne rechtsextremem Hintergrund. Schwieriger wird es, wenn die psychische Entwicklung des Kindes behindert wird und damit eine Kindeswohlgefährdung im Raum steht. An dieser Stelle hängt die Wahrnehmung dessen von den einzelnen Mitarbeitenden in Kindertagesstätten ab. Wenn ErzieherInnen sowohl für die Inhalte und Strukturen als auch das Wirken der rechtsextremen Szene nach innen sensibilisiert sind, können Zusammenhänge benannt und Hilfepläne entwickelt werden, so die Theorie. Die Praxis jedoch sieht anders aus.

»So berichten Mitarbeitende von eigenen Ängsten im Umgang mit rechtsextremen Familien und aber auch davon, dass sich diese abschotten und infolgedessen Erstgespräche zur Feststellung des Hilfeplans scheitern.«²⁰

Generell gilt: ErzieherInnen sollten in der Lage sein, möglichst früh zu erkennen, dass Kinder Formen der Gewalt ausgesetzt sind, unabhängig von dem Hintergrund der Eltern. Darüber hinaus sollten ErzieherInnen durch Qualifizierung darin unterstützt werden, die psychischen Auswirkungen rechtsextremer Mecha-

¹⁸ Vgl. Klaus Wahl: Gibt es mögliche Vorläufer für Rechtsextremismus/Fremdenfeindlichkeit, die sich bereits in Kindergarten- und Grundschulalter zeigen? In Peter Rieker (Hg.) *Fer frühe Vogel fängt den Wurm!*?

¹⁹ Grundgesetz Artikel 6, Absatz 2

²⁰ Borstel/Wergin: Kindeswohl in rechtsextremen Familien – Gedankensplitter und Aufruf zu einer notwendigen Debatte; in: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): *Gender und Rechtsextremismusprävention*. Metropol Verlag Berlin, [im Erscheinen]



nismen zu erkennen. Und in einem weiteren Schritt sollten Möglichkeiten geschaffen werden, dass Kinder (nicht nur aus rechtsextremen Familien) ihre eigenen Interessen erkennen und artikulieren können. Sie werden damit auch darin unterstützt, ihre eigene Individualität zu entwickeln. Die Angst von Mitarbeitenden in Kindertagesstätten vor Konfrontation mit rechtsextremen Eltern muss vom Träger ernst genommen werden. Die Sorge sollte auch im eigenen Team diskutiert und bearbeitet werden. Denn für Kinder aus rechtsextremen Familien, die in Kindertagesstätten betreut werden – beziehungsweise im verpflichtenden Vorschuljahr und der Grundschule – ergibt sich durch den Kontakt zu sensiblen und selbstsicher agierenden ErzieherInnen eine große Chance. Ihrer Isolation kann begegnet werden und sie haben die Möglichkeit, alternative Lebenswege kennenzulernen. Dies ist eine Voraussetzung dafür, später eigene politische, kulturelle sowie soziale Lebenswege zu gehen.

3.5. Der Kita-Erlass: Möglichkeiten und Grenzen

Kindertagesstätten werden in der Regel von Kommunen oder größeren Trägern verantwortet. Zudem gibt es eine Reihe von Kinderhäusern oder Kinderläden, die von Elterninitiativen oder kleinen Vereinen gegründet wurden. Auch einzelne Personen können Betreiber einer Kindertagesstätte sein. Attraktiv für die Familien der rechtsextremen Szene ist dies insofern, als dass sie direkten Einfluss darauf haben, in welchem Umfeld ihre Kinder betreut werden. Nachdem 2010 ein Rechtsextremer den Versuch unternahm, eine Kindertagesstätte in Mecklenburg-Vorpommern zu übernehmen, erarbeitete das Ministerium für Soziales und Gesundheit unter Ministerin Manuela Schwesig (SPD) den sogenannten Kita-



Erlass. Dieser wurde durch eine hohe mediale Präsenz in der Öffentlichkeit diskutiert und international kommentiert. Dass es einen Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und der Erziehung von Kindern in Kindertagesstätten gibt, fand hier das erste mal Beachtung. Die Journalistin Simone Rafael kommentierte dies für die Amadeu Antonio Stiftung.

Gegen rechtsextreme Kita-Betreiber²¹

Rechtsextreme, die Kindertagesstätten übernehmen wollen, gab es in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein bereits. Dagegen setzt Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin Manuela Schwesig den »Kita-Erlass zur Gewährung der grundgesetzlichen Wertordnung«. Auf der Pressekonferenz in Schwerin berichtete auch Anne-Rose Wergin vom Projekt »Lola für Lulu« der Amadeu Antonio Stiftung von ihren Erfahrungen. Kinder erscheinen rechtsextremen Aktiven in Mecklenburg-Vorpommern als attraktiver Anknüpfungspunkt, um in die Gesellschaft zu wirken. Kein Wunder also, dass nicht nur die NPD mit scheinbar unpolitischen »Kinderfesten« versucht, bei Mann und Frau Akzeptanz und Gehör zu finden. In Kitas gibt es rechtsextreme Eltern und Bewerbungen von Kita-Erzieherinnen neonazistischer Gesinnung. Darüber hinaus bemühten sich Rechtsextreme auch in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, die Trägerschaft von Kindertagesstätten zu übernehmen. Auf diesen Umstand weist Mecklenburg-Vorpommerns Sozialministerin Manuela Schwesig (SPD) mit dem »Kita-Erlass« hin, der am 1. August 2010 in Kraft trat. Im Kern besagt dieser, dass

²¹ <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/gegen-rechtsextreme-kita-betreiber/>

potenzielle Träger der Jugendhilfe sich in Zukunft schriftlich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen müssen. Damit sollen Neo-Nationalsozialisten oder NPD-Mitglieder als Kita-Träger ausgeschlossen werden.

Bekannt geworden war der Fall einer privaten Kindertagesstätte in Bartow: Dort hatte sich der siebenfache Vater Matthias Schubert, der zugleich NPD-Mitglied ist, als ehrenamtlicher Betreiber angeboten. Bartows Bürgermeister durchschaute das Angebot allerdings, der Gemeinderat lehnte die Übernahme der Kita durch Schubert ab. In Ferdinandshof wollte die Frau des NPD-Landtagsabgeordneten Tino Müller in der Kita »alte Haushaltspraktiken« vermitteln, in der Schule des älteren Sohnes leitete sie einen Yoga-Kurs. Völkisch-ausgrenzende Ideen können so nebenbei verbreitet werden.

Ministerin Schwesig betonte auf der Pressekonferenz zum »Kita-Erlass«, dass dieser natürlich nur ein erster Schritt sein könne, der Aufmerksamkeit auf das Thema »Rechtsextremismus in Kitas und Schulen« lenke und geeignet sei, für das Thema zu sensibilisieren sowie Diskussionen anzustoßen. So ist der Erlass geeignet, zu verhindern, dass Neonazis zumindest keine staatlichen Förderungen für ihr verfassungsfeindliches Treiben erhalten. Auch ErzieherInnen müssten sich so zu demokratischen Werten bekennen. Viele praktische Probleme lassen sich allerdings kaum staatlich, sondern vielmehr durch eine aufmerksame Zivilgesellschaft lösen. Anne-Rose Wergin vom Projekt »Lola für Lulu« der Amadeu Antonio Stiftung arbeitet mit MultiplikatorInnen aus Kitas und Grundschulen zum Thema. In der Praxis sei der Umgang mit rechtsextremen Eltern das dringlichere Problem, berichtet Wergin: »Auch hier handelt es sich um Einzelfälle, die aber vor Ort eine große Dramatik entwickeln können.« Grundsätzlich rät sie zu Transparenz und Offenheit: »Über rechtsextreme Eltern nicht zu reden, mag auf den ersten Blick leichter erscheinen. Aber die anderen Eltern in einer Kita haben auch ein Recht, zu erfahren, bei wem ihr Kind zu Hause spielen geht oder welche Interessen jemand vertritt, wenn er sich in den Elternrat wählen lässt«, sagt Wergin. Im Endeffekt gehe es um die Frage: »Was soll mein Kind lernen? Soll demokratische oder neonazistische Erziehung sein Weltbild prägen?« Deshalb, betonte Wergin, ist jede Diskussion des Themas in der Öffentlichkeit wertvoll: »Im Endeffekt kommt es vor allem auf sensible Eltern, Kommunen oder Träger an, die erkennen, wenn etwas schief läuft und rechtsextreme Frauen und Männer in der Kinderbetreuung oder in Schulen Kinder und Eltern mit völkischem, rassistischem oder NS-verherrlichenden Gedankengut beeinflussen wollen.

Simone Rafael ist Journalistin und verantwortet für die Amadeu-Antonio-Stiftung die Internetplattformen www.netz-gegen-nazis.de und www.no-nazi.net.

3.6. Beispiele aus der Praxis

In den Fortbildungen mit Erzieherinnen aus Kindertagesstätten beherrschten zwei angstbesetzte Szenarien die Diskussion. Was tun bei rechtsextremen Eltern? Und wie kann eine Kindertagesstätte mit einer rechtsextremen MitarbeiterIn umgehen? Für diese Probleme gibt es keine allgemeingültigen Lösungsvorschläge. Wege mit diesen Fällen umzugehen sind abhängig von den Mitarbeitenden der betroffenen Einrichtungen und Träger. Darüber hinaus lassen sich jedoch Empfehlungen aussprechen. Im Folgenden werden zu den genannten Szenarien Interviews dargestellt und Möglichkeiten für einen Umgang mit der jeweiligen Problematik beschrieben.



4.6.1. Wie gehe ich mit rechtsextremen Eltern in meiner Einrichtung um?

Rechtsextreme Eltern unterwandern Kindertagesstätten und verunsichern ErzieherInnen. Durch besonderes Engagement, fremdenfeindliche Äußerungen, codierte Kleidung oder aber durch ihr Mitwirken in Elternvertretungen entstehen Herausforderungen, die individuellen Umgang benötigen. Wenn Eltern mit rechtsextremem Hintergrund erkannt und eingeordnet werden konnten, ist der erste Schritt für einen Handlungsweg bereits gefunden.

Das folgende Interview wurde mit einer Mitarbeiterin aus einer Kindertagesstätte in Mecklenburg-Vorpommern geführt. Um die Mitarbeiterin zu schützen und laufende Beratungen nicht zu gefährden wird in dem Interview der Fall, die Einrichtung und die Mitarbeiterin anonymisiert dargestellt.

Wie haben sie erkannt, dass sie Kinder von rechtsextremen Eltern in ihrer Einrichtung betreuen?

Ich habe es erst gar nicht bemerkt. Da ich noch nicht lange in der Region lebe, kenne ich oftmals die Hintergründe der Eltern nicht. Kolleginnen haben in der Dienstbesprechung erzählt, dass wir es wohl mit rechten Eltern zu tun haben. Einordnen konnte ich das aber immer noch nicht richtig. Ich habe auch meistens nur die Mutter der Kinder gesehen. Wir haben dann eine Weiterbildung gemacht über den Träger unserer Einrichtung, da ging es um Rechtsextremismus. Da war ich sehr erschrocken. Auf einmal haben wir die Mutter und Vater mit anderen Augen gesehen. Autokennzeichen und Kleidung konnte ich dann einordnen. Auf dem Auto waren Aufkleber. Auf einem stand »Todesstrafe für Kinderschänder«. Wir hatten vor den Wahlen auch NPD-Flyer in der Auslage unserer Kita zu liegen.

Wie reagierten die anderen Mitarbeiterinnen und der Träger der Einrichtung auf die rechtsextremen Eltern?

Der Träger hat uns seine volle Unterstützung zugesagt. Im Kolleginnen-Kreis sah es anders aus. Da hat es heftige Diskussionen gegeben. Einige haben gar nichts gesagt und sich total raus gehalten. Das waren vor allem die älteren Kolleginnen. Es gab aber auch eine Kollegin, die viele Forderungen der NPD gut findet. Eigentlich waren wir sehr ratlos. Aber durch den unterschiedlichen Umgang hat sich das Team gespalten. Die Leiterin der Einrichtung war damit überfordert. Wir haben dann den Träger um zusätzliche Mittel für Team-Supervision gebeten. In diesem Rahmen müssen wir jetzt wieder lernen, Vertrauen zueinander zu haben. Es ist nicht mehr so persönlich wie früher. Mich hat es sehr bewegt, wie die Diskussion über politische Einstellungen unseren Umgang miteinander durcheinander gebracht hat.

Wie gehen die anderen Eltern mit den rechtsextremen Eltern um?

Auch da gibt es einen differenzierten Umgang. Inzwischen weiß ich, dass die rechtsextremen Eltern als solche auch bekannt sind in der Gegend. Ich bin mit anderen Eltern dazu ins Gespräch gekommen. Die meisten vermeiden den Kontakt. Aber es gibt auch Eltern, von denen ich es nicht erwartet habe, die es nicht schlimm finden. Ich glaube, viele lassen sich blenden. Warum auch nicht? Die sind ja auch nicht unsympathisch auf den ersten Blick. Und den Rest sieht man ja nicht so schnell. Ich habe ja auch nicht viel gewusst.

In welcher Form unterwanderten die rechtsextremen Eltern den Alltag der Einrichtung?

Ich weiß gar nicht, ob ich dazu Unterwanderung sagen kann. Die sind eben sehr engagiert und bemühen sich sehr darum, bei uns alles mit zu machen. Zu Weih-

nachten machen wir immer einen kleinen Basar. Die rechtsextreme Mutter will da ganz viel mitmachen. Auch in den Elternversammlungen ist die Frau immer da und fragt auch ganz viel. Sie hat auch angeboten auf Ausflüge mitzukommen. Eigentlich wünscht man sich als Erzieherin solche Eltern. Ich konnte bis jetzt immer ausweichen auf andere Eltern. Wenn ich nicht wüsste, welches Denken da in den Köpfen steckt würde ich mich freuen über so eine engagierte Mutter. Der Mann redet nicht viel mit uns, der ist ja auch selten zu sehen.

Welches Verhalten konnten sie bei den Kindern der rechtsextremen Eltern beobachten?

Wir haben im Team überlegt, ob uns da was auffällt. Meine Kollegin findet die Kinder sehr gut erzogen. Die sind sehr exakt und genau. Ich finde die Kinder seltsam. Viel zu ruhig, spielen viel alleine oder als Geschwister miteinander. Seit dem ich weiß, dass die Familie auch mit anderen Familien in solche Lager fährt, finde ich es eher unheimlich, dass die Kinder überhaupt nichts erzählen. Ich bohre da nicht nach, weil ich die Kinder nicht in die Bredouille bringen will. Eigentlich tun sie mir leid, denn sie können ja nichts dafür, wo und wie sie aufwachsen.

Was hat Ihnen geholfen mit der Problematik umzugehen?

Mir hat geholfen, mit meinen Kolleginnen viel darüber zu sprechen, auch wenn wir verschiedene Meinungen haben. Und mir hat geholfen, dass wir von einer Beratungsstelle begleitet wurden. So konnten wir alle über Situationen sprechen, in denen wir uns unwohl gefühlt haben. Zum Beispiel haben wir so eine neue Hausordnung erstellt. Darin untersagen wir das Tragen von Kleidung einer bestimmten rechtsextremen Kleidungsmarke. Das haben wir in den Elternversammlungen vorgestellt. Mir hat auch geholfen selbst im Internet nachzulesen über das Thema. Wir wissen eigentlich alle zu wenig.

Was würden Sie anderen MitarbeiterInnen von Kindertagesstätten empfehlen?

Ich würde allen empfehlen, sich Wissen anzueignen. Die rechtsextreme Szene ist wie eine Parallelgesellschaft. Selbst die, die denken, sie haben so ein Problem nicht, sollten sich fortbilden dazu. Wahrscheinlich sehen sie das Problem nämlich nur nicht.

So eine problematische Situation, wie die Konfrontation mit rechtsextremen Eltern, kann man auch nicht alleine durchstehen. Wir als Team haben uns sehr spät Hilfe geholt. Das war ein Fehler. Aber jetzt haben wir Unterstützung, die wir bestimmt noch eine Weile nutzen werden. Es gibt noch mehr Familien bei uns in der Gegend. Mit denen werden wir sicher auch noch konfrontiert.

Handlungsempfehlungen:

- Wohlüberlegte Schritte brauchen Zeit und Ruhe.
- Hilfreich ist es, Kontakt zu einer Beratungsstelle aufzunehmen, die in der Krise bzw. der jeweiligen Situation Begleitung bietet.
- Durch eine zu demokratischen Grundwerten, den Menschen- und Kinderrechten positionierte Hausordnung bzw. ein solches Konzept der Einrichtung wird ein deutliches Signal gesetzt, dass bspw. das Tragen von rechtsextremer Kleidung verbietet.
- Das Team und der Träger sollten geschlossen auftreten und klar positioniert den demokratischen Standpunkt der Einrichtung präsentieren.
- Um möglichen Ängsten und Unsicherheiten von MitarbeiterInnen begegnen zu können, bieten sich Fortbildungen zur Problematik Rechtsextremismus an.
- Supervision und kollegiale Fallberatung hilft Ängste und Unsicherheiten zu artikulieren;
- Nicht nur das aktuelle Problem ist zu bewältigen, die pädagogische Arbeit mit Kindern sollte hinsichtlich präventiver Konzepte gestaltet werden.
- Die Kinder rechtsextremer Eltern benötigen die besondere Aufmerksamkeit der Fachkräfte, insbesondere einen sorgsam pädagogischen Blick hinsichtlich evtl. Kindeswohlgefährdung.

3.6.2. Rechtsextreme Erzieherin in einer Kindertageseinrichtung – was nun?

In den Fortbildungen mit Erzieherinnen aus Kindertageseinrichtungen ist wiederkehrend die Angst vor Unterwanderung von rechts deutlich geworden. Wie erkenne ich eine rechtsextreme ErzieherIn? Kann die politische Haltung die Arbeit mit den Kindern beeinflussen? Welche arbeitsrechtlichen Möglichkeiten gibt es?

In den letzten Jahren gab es immer wieder Fälle in denen rechtsextreme MitarbeiterInnen in pädagogischen Einrichtungen »aufgeflogen« sind. Die Handlungsspielräume für Träger und Einrichtungen sind aus arbeitsrechtlicher Perspektive hier begrenzt. Um es deutlicher zu sagen: auch wenn eine MitarbeiterIn offensiv ihr NPD-Parteibuch auf den Tisch legen würde, wäre arbeitsrechtlich eine Kündigung nicht so einfach umzusetzen. Es müssten seitens des Trägers der Einrichtung »kreative Lösungen« gefunden werden, mit dieser Problematik umzugehen.

Im folgenden Interview werden die Erfahrungen seitens einer Elterninitiative gegen eine rechtsextreme Erzieherin in einer Kindertagesstätte dargestellt. Um das Elternteil zu schützen und laufende Beratungen nicht zu gefährden, wird das Interview anonymisiert.

Sie haben ein Kind in einer Kindertageseinrichtung und sind dort als Elternteil engagiert. Wie haben Sie bemerkt, dass in der Einrichtung, die ihr Kind besucht, eine Erzieherin mit rechtsextremem Hintergrund arbeitet?

Wir haben es durch die Zeitung erfahren. Wir kannten die Mitarbeiterin auch noch nicht lange. Dann haben wir selbst recherchiert und bei Rechtsextremismus-Beratungsstellen nachgefragt.

Wie haben Sie sich gefühlt, als Sie den rechtsextremen Hintergrund der Erzieherin erkannten? Und wie ging es den anderen Eltern aus der Einrichtung?

Ich habe mich selbst sehr widersprüchlich gefühlt. Einerseits ohnmächtig, hilflos und ratlos. Fragen wirbelten durch meinen Kopf. Was soll ich tun? Was kann ich tun? Was ist jetzt wichtig zu tun? Was hat Priorität? Andererseits war gleich klar dass ich Unterstützung suchen und mich nach Eltern umsehen muss, denen es ähnlich geht. Meine Idee war es, möglichst viele Beteiligte ins Boot zu holen: Eltern, Erzieherinnen, Trägerangestellte. Das war sehr mühsam und die Suche nach dem gemeinsamen Nenner behinderte oft den Austausch. Ich als Nazigeegner konnte nicht moderieren oder vermitteln, das war für mich nicht möglich.

Es lässt sich aber auch sagen, dass wir verunsichert waren. Uns wurde vorgeworfen, dass wir Netzbeschmutzer sind und Rufmord betreiben. Wir dachten uns: wir sind viele, wir sind stark. Der Kita-Träger muss uns anhören und kann und darf uns zu so einem wichtigen Thema nicht überhören! Es gab aber auch Eltern die mit dem Thema nichts zu tun haben wollten.

Wie sind in diesem Zusammenhang Ihre Erfahrungen mit den anderen MitarbeiterInnen der Einrichtung?

Einige Erzieherinnen positionierten sich schnell gegen eine Weiterbeschäftigung der Rechtsextremistin. Die Eltern, die das auch so sahen, zeigten sich mit diesen Mitarbeiterinnen solidarisch. Außerdem war es auch ein Motivationsschub für einige Eltern, sich zu verbünden zu können. Gerade diese Mitarbeiterinnen, die gegen eine Weiterbeschäftigung positionierten bekamen Schwierigkeiten mit dem Träger, ihnen wurde der Vorwurf gemacht die betreffende Kollegin zu mobben. Wir konnten da nicht vermitteln. Es gestaltete sich für mich eher schwieriger, einzelne Mitarbeiterinnen noch ins Boot zu holen. Wir sind da teilweise sehr enttäuscht worden.

Wie ist der Träger mit der Problematik umgegangen?

Der Träger wollte den Umgang mit der Problematik und die Auseinandersetzung mit uns Eltern hinaus zögern nach dem Motto: erst einmal abwarten- irgendwann geben die Eltern Ruhe. Jedoch gab es auch Mitarbeiterinnen seitens des Trägers, die teilweise sehr engagiert waren und sich anfangen mit dem Thema Rechtsextremismus zu beschäftigen, bzw. auf altes Wissen zurückgreifen konnten. Uns wurde vermittelt,

dass wir Eltern das Problem sind. Wir würden Unruhe in die Kita reinbringen mit unseren Fragen. Deswegen hat der Träger auch den Erzieherinnen einen Maulkorb verordnet. Wir sind da gegen Mauern gelaufen, erlebten Kommunikationsmangel und Kooperationsverweigerung. Der Träger zog sich in der Diskussion auf juristische Aspekte zum Arbeitsrecht zurück. Immer wieder wurde uns auf halboffizieller Ebene zugesichert, dass die Erzieherin nicht wieder kommen würde – die offizielle Darstellung der Trägers stand dazu aber im Widerspruch. Der Träger war sehr indifferent und zeitweise wechselte die »Strategie« wöchentlich oder täglich. Bei uns entstand der Verdacht: Die haben gar keine Strategie!

Welche Lösungsmöglichkeiten haben sich ergeben?

Wir haben verschiedene Lösungswege erarbeitet. Wir hofften sehr auf eine sogenannte Druck-Kündigung und sammelten Unterschriften von Familien, die androhten, ihre Kinder im Falle einer Weiterbeschäftigung der rechtsextremen Erzieherin aus der Kita zu nehmen. Damit haben wir den Träger unter Druck gesetzt. Auch haben wir eine gemeinsame Konzeptionsentwicklung mit der Einrichtung angestrebt.

Falls die Erzieherin wieder gekommen wäre, hätten wir gemeinsam erarbeiten müssen: welche Bereiche in der Kita Unterstützung brauchen und welche Bereiche verändert werden müssen. Auch jetzt, da die Erzieherin nicht wiederkommt, bedarf es einer Auseinandersetzung.

Wo fühlten Sie sich unterstützt?

Ich habe mich von *Lola für Ludwigslust* unterstützt gefühlt. Auch bei einigen Medien fühlte ich mich ernst genommen. Das Netzwerk gegen rechts und der Landespräventionsrat und das Bündnis gegen rechts vor Ort sowie die Antifa waren sehr unterstützend. Ideell wurden wir auch von vielen Initiativen und Kindertagesstätten unterstützt, die mitgefiebert haben. Das hat geholfen, um sich nicht alleine mit dem Problem zu fühlen.

Was hätte rückblickend besser laufen können?

Die Kommunikation mit dem Träger hätte transparenter, ehrlicher, zuverlässiger und schneller sein können. Die externe Moderation, die wir eingefordert haben, wurde ausgebremst. Auch eine stärkere Vernetzung mit anderen Elterninitiativen hätte geholfen. Außerdem stellt sich mir die Frage, ob wir stärker und selbstbewusster in die Öffentlichkeit hätten gehen sollen. Noch müssen wir uns den positiven Ausgang selbst vergegenwärtigen: am Ende haben wir gewonnen. Viele scheinen aber eher den Aspekt zu sehen: Gott sei Dank! Es ist vorbei. Das heißt, der Energie und Kraftaufwand für die Beteiligten war sehr hoch. Eine offizielle Anerkennung steht immer noch aus, das ist bitter. Wir wollten keine Medaille oder Urkunde gewinnen, aber Anerkennung wäre schön gewesen.

Was würden Sie anderen Einrichtungen/Eltern empfehlen?

Vernetzt Euch! Holt Euch Unterstützung von außen! Und eine wichtige Erfahrung: auch Menschen, mit denen man in anderen Themen nicht übereinstimmt, können und müssen in dieser Thematik mit in das Boot geholt bzw. gelassen werden.

Handlungsempfehlungen:

- Eine Lösung entwickelt sich nicht von heute auf morgen – gute Lösungen brauchen Zeit und Ruhe.
- Dazu gehört auch, sich gegenüber der entsprechende Mitarbeiterin gemeinsam klar zu positionieren.
- Eine rechtsextreme Erzieherin und evtl. Gespräche mit ihr sind eine große Herausforderung, die nur mit externer Beratung, Begleitung und Moderation gelöst werden können.
- Da die Problematik eine große arbeitsrechtliche Dimension hat, ist es sehr wichtig juristische Unterstützung zu haben.
- An dem Prozess sind viele Menschen beteiligt, der Umgang miteinander sollte sensibel und respektvoll sein, damit dies gelingt bedarf es einer verlässlichen Begleitung bspw. durch Beratungsstellen, die Kriseninterventionen machen.

4. Adressen und weitere Projekte der Amadeu Antonio Stiftung zur Thematik

Neben dem Modellprojekt *Lola für Ludwigslust* konnten in verschiedenen Bereichen der Amadeu Antonio Stiftung Erfahrungen im Umgang mit den Themen dieser Handreichung gesammelt werden. Einerseits ist die Amadeu Antonio Stiftung in der Beratung von Zivilgesellschaft, Politik, Vereinen und Verbänden zu den Themen Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung ein erfahrener Partner. Andererseits hat die Amadeu Antonio Stiftung durch eigene Praxis-Projekte dem Phänomen Rechtsextremismus aktiv etwas entgegen zu setzen. Im Folgenden werden die Fachstelle *Gender und Rechtsextremismus* vorgestellt sowie ein erfolgreiches Projekt, welches die Kinderrechte in den Fokus hebt.²²

4.1. Fachstelle Gender und Rechtsextremismus

Die Amadeu Antonio Stiftung richtete 2011 eine Fachstelle zum Thema *Gender und Rechtsextremismus* ein.²³ Hier wird eine Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis hergestellt, Projekte gegen Rechtsextremismus finden Unterstützung, WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen einen Ort des Austauschs und PolitikerInnen können beraten werden.

Die Fachstelle setzt sich zum Ziel, den gegenwärtigen Rechtsextremismus aus der Genderperspektive zu betrachten. Gleichzeitig wird im Stiftungswesen sowie in staatlichen und länderspezifischen Förderprogrammen auf die Relevanz des Themas hingewiesen und auf neue Entwicklungen im Feld aufmerksam gemacht.

Während es in der Jugendarbeit zumindest einige geschlechterreflektierte Ansätze gibt, geraten andere Bereiche – gerade in der generationenübergreifenden, zivilgesellschaftlichen Arbeit – bislang aus dem Blick. Hier besteht ein Bedarf, neue Praxisansätze zu entwickeln, zu erproben und umzusetzen. Dies betrifft zum Beispiel die Fortbildung von Professionellen, die in verschiedenen Bereichen mit rechtsextremen Erscheinungsformen konfrontiert sind; PädagogInnen im frühkindlichen und schulischen Bereich aber auch Fachkräfte aus dem Jugendamt oder dem Justizwesen. Eine Leerstelle gibt es auch in der Arbeit mit AussteigerInnen aus der rechten Szene. Hier fehlt es bislang an einer gendersensiblen Perspektive, die es beispielsweise Frauen mit mehreren Kindern erleichtert, aus der Szene auszusteigen. Auf diese Defizite in der Praxis reagiert die Fachstelle.

Auch in der Wissenschaft lassen sich trotz umfangreicher Untersuchungen der letzten Jahre nach wie vor zahlreiche Leerstellen ausmachen. Es bedarf weiterer Forschungsergebnisse, um neue Praxisansätze entwickeln zu können. Hier un-

²² vgl. www.amadeu-antonio-stiftung.de

²³ vgl. www.gender-und-rechtsextremismus.de

terstützt die Fachstelle und regt einen Austausch zwischen PraktikerInnen und ForscherInnen an. Neben der Initiierung und Anregung neuer Forschung, geht es um den Austausch von Kenntnissen und Wahrnehmungen beider Seiten.

Ziel ist es einerseits, die bereits entwickelten Praxisansätze zu diskutieren und bekannter zu machen; andererseits sollen aber auch neue Wege gegangen und innovative Antworten für verschiedene Praxisbereiche entwickelt werden. Es soll eine Diskussion darüber entstehen, was unter genderreflektierter Rechtsextremismusprävention verstanden wird, wie ein Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis von statten gehen kann und welche Qualitätskriterien für die pädagogische Arbeit in diesem Feld anzulegen sind. Dies alles sind erste Schritte in Richtung der Entwicklung und Umsetzung neuer Ansätze geschlechterreflektierter Rechtsextremismusprävention.

Weitere Informationen und Kontakt:

Amadeu Antonio Stiftung

Dr. Heike Radvan

Liniestraße 139; 10115 Berlin

Telefon 030. 240 886 12, Fax.: 030. 240 886 22

Email: heike.radvan@amadeu-antonio-stiftung.de

4.2. Kinderrechte: Das Modellprojekt in Brandenburg und Sachsen

Mit den Projekten »Menschenrechtsbildung für demokratische Kultur« und »Kinderrechte in der Kommune« leistet die Amadeu Antonio Stiftung einen aktiven Beitrag zur Umsetzung der Menschenrechte auf kommunaler Ebene. Zwar werden Kinder- und Menschenrechte international anerkannt und entsprechende Konventionen von Staaten ratifiziert. Doch bei der konkreten Umsetzung kommt in erster Linie den Kommunen, Städten und pädagogischen Einrichtungen eine entscheidende Rolle zu: Es geht darum, das friedliche und respektvolle Zusammenleben vor Ort aktiv zu gestalten.

In der Zivilgesellschaft muss das Bewusstsein geschärft werden, dass Menschenrechte und der Schutz schwacher Gruppen das Kernelement einer demokratischen Gesellschaft sind. Dies kann über eine konsequente Kinder- und Menschenrechtsorientierung in der Kommune erreicht werden und ist insbesondere in Regionen mit einer hohen Akzeptanz rechtsextremer Einstellungen notwendig.

Bis 2010 entwickelte die Amadeu Antonio Stiftung mit dem Projekt »Kinderrechte in der Kommune« Möglichkeiten der kommunalen Kinderrechtsorientierung. Im lokalen Raum sollten Partizipations- und Beteiligungsmöglichkeiten auf der Basis von Kinderrechten ermöglicht werden. Kooperationspartner sind die RAA Hoyerswerda (Sachsen) und die Bürgerstiftung Barnim Uckermark (Brandenburg).

Das Projekt startet zunächst in den Städten Wittichenau und Bernsdorf in Sachsen, sowie Eberswalde in Brandenburg. In diesen Orten haben sich Kinder und Jugendliche aus Horteinrichtungen, einer Mittelschule und einem Mehrgenerationenhaus mit der Verwirklichung bzw. Verletzung der Kinderrechte in ihrem Alltag beschäftigt. Mittelfristig hatte das Vorhaben eine strukturelle Verankerung der Kinderrechte zum Ziel.

Ein Beispiel für die Umsetzung dieses Projektziels stellte Helga Thomé, Projektleiterin »Kinder in der Kommune« und Geschäftsführerin der Bürgerstiftung Barnim Uckermark vor. So wurden Kinder anfangs als Kinderrechtsdetektive eingesetzt, um das Wissen um Kinderrechte in ihren Kommunen in Erfahrung zu bringen. Die dabei festgestellten Defizite wollten sie anschließend durch Informationskampagnen beseitigen. Dazu wurden mit Unterstützung eines Bäckers Kinderkekse – Glückskekse mit Kinderrechten als Botschaft – gebacken und verkauft. Das eingenommene Geld spendeten die Kinder wiederum an eine Initiative, die sich für die Ausgabe von Mittagessen an bedürftige Kinder einsetzt. Die Einbeziehung der Kinder beim Eintreten für Kinderrechte, die auch durch einen Kinderrechtssong und zwei Filme beworben wurden, setzte auch bei den Erwachsenen ein Umdenken in Gang. So wurden Kinder verstärkt als Akteure wahrgenommen und weniger als Objekte des Projekts.

Der 22. Jahrestag des Inkrafttretens der UN-Kinderrechtskonvention diente als Anlass für die Vorstellung des Modellprojekts »Kinderrechte in der Kommune« durch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) im Herbst 2011. Als nächsten Schritt einer Würdigung der Kinder als Rechtssubjekte nannte Wolfgang Thierse die Änderung des Grundgesetzes. Dazu bedürfe es allerdings einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Das vorherrschende Bild von Kindern als Fürsorgeobjekte ihrer Eltern habe eine lange Tradition. Hier sei eine stetige Weiterarbeit von Nöten, um die Vorstellung von Kindern als Rechtssubjekte in die Gesellschaft zu tragen, ohne sie in Konkurrenz zu Elternrechten wahrzunehmen. Innerhalb Europas ist die verfassungsrechtliche Stellung von Kinderrechten keine Besonderheit. Sie finden sich besonders in Staaten mit jungen Verfassungen, wie in Osteuropa oder Spanien. Auch die EU führt bereits Kinderrechte in ihrer Charta an.

Weitere Informationen und Kontakt:

Amadeu Antonio Stiftung

Timo Reinfrank

Liniestraße 139

10115 Berlin

Telefon 030. 240 886 11, Fax.: 030. 240 886 22

timo.reinfrank@amadeu-antonio-stiftung.de

4.3. Adressen

Amadeu Antonio Stiftung

Liniestraße 139
10115 Berlin
Telefon 030.240 886 11
Fax.: 030.240 886 22
www.amadeu-antonio-stiftung.de
info@amadeu-antonio-stiftung.de

Lola für Ludwigslust

Alexandrinenplatz 7
19288 Ludwigslust
Telefon 03874.570 22 25
Fax.: 03874.57022 24
www.lola-fuer-lulu.de
info@lola-fuer-lulu.de

Beratungsstellen

www.mbr-berlin.de
www.demokratie-mv.de

Rechtsextremismus:

www.netz-gegen-nazis.de
www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de
www.bnr.de
www.apabiz.de
www.dasversteckspiel.de
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de
www.endstation-rechts.de

Opferberatung:

www.lobbi-mv.de

Rechtsextremismus & Frauen:

www.lola-fuer-lulu.de

Initiativen gegen Rechtsextremismus:

www.amadeu-antonio-stiftung.de
www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de
www.annefrank.de
www.gegen-vergessen.de
www.soziale-bildung.org
www.mv-regierung.de/lpb/
www.netzwerk-courage.de

Demokratiepädagogik:

www.demokratie-mv.de
www.kinderwelten.net
www.schule-fuer-toleranz.de
<http://www.mitarbeit.de/>
www.bpb.de/
www.schule-ohne-rassismus.org
www.kirche-mv.de/TEO

5. Anhang²⁴

Workshop 1: Einführung Rechtsextremismus

Ziel: Im ersten Seminar geht es darum Wissen zu vermitteln, um die Teilnehmenden aufzuklären und für die Gefahren des Rechtsextremismus zu sensibilisieren. Darüber hinaus sollte den TeilnehmerInnen deutlich werden, dass Rechtsextremismus nicht auf das männliche Geschlecht reduziert werden kann, sondern in wachsendem Maße auch Mädchen und Frauen einen Stellenwert in der rechtsextremen Szene einnehmen und dort auch bestimmte Funktionen erfüllen.

Zielgruppe: ErzieherInnen in Kindertagesstätten

Methoden: Einzel- und Gruppenarbeit, Filmvorführung, Power Point Präsentation, Diskussion

Material: Pinnwand, Karten, Stifte, Laptop, Beamer, Fotos, Flyer, Wahlprogramme,

Zeitungsumfang: 250 min

Hinweise: Das Wissen über die Ursachen, Merkmale und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus kann mit einer Power Point Präsentation vermittelt werden. Zur Veranschaulichung ist es sehr hilfreich mit Bildern und Beispielen zu arbeiten. Diese sollten einen regionalen Bezug zu den TeilnehmerInnen haben.

Zeit	Thema	Methode	Handwerkzeug
10 min	Kurze Begrüßung und Vorstellung der Workshopstruktur		
30 min	<ul style="list-style-type: none"> ■ Warum brauchen ErzieherInnen Wissen über die rechtsextreme Szene? ■ Film »Ferien im Führerbunker« von Andrea Röpcke 		Beamer, Laptop
15 min	Selbstreflexion: <ul style="list-style-type: none"> ■ Rechtsextremismus ist für mich ... ■ Unsicherheiten gibt es bei mir hinsichtlich... 	Einzelarbeit	Pinnwand, Karteikarten, Stifte
25 min	Auswertung	Offenes Gespräch	
45 min	Wissensblock 1: Rechtsextremismus <ul style="list-style-type: none"> ■ Was ist Rechtsextremismus? (Definition, Elemente der rechten Ideologie, Ziele und Strategien, Gesichter des Rechtsextremismus, Aktuelle Entwicklungen) ■ Rechtsextremismus in der Region (Strukturen, Organisationen, Personen) ■ Jugendspezifische Erscheinungsformen des Rechtsextremismus (Kleidung, Internet, Musik, Ferienlager) 	Powerpoint mit Vortrag und ggf. Rückfragen der TeilnehmerInnen	Laptop/Beamer Anschauungsmaterial: Fotos, Flyer, Wahlprogramm rechtsextremer Parteien, aktuelle Schulhof CD
30 min	Pause		
45 min	Wissensblock 3: Frauen im Rechtsextremismus <ul style="list-style-type: none"> ■ Geschlechterideologie und -bilder im Rechtsextremismus und deren Anschlussfähigkeit ■ Die Rolle der Frauen im Rechtsextremismus (Prozentuale Beteiligung, Frauengruppen, Themen und Ziele, Formen des Engagements) 	Film »Neonazistinnen« (nur anspielen), anschließend Power Point	Laptop/Beamer XXX prüfen Methode: Reflexion eigener Geschlechterrollen
20 min	§ 8a Kindeswohlgefährdung	Assoziationen sammeln; geführtes Gespräch	Flipchart mit Definition Kindeswohlgef.
15 min	Unsicherheiten/ Fallbeispiele	Einzelarbeit	Vordruck Fallbeispiele sammeln
15 min	Feedback und Ausblick auf 2.+3. Seminar	Rederrunde	

²⁴ Die Seminarpläne dienen als exemplarische Vorlage. Jedoch ist zu beachten das diese von Gruppe zu Gruppe variieren können, da ein Teil der Themen von den TeilnehmerInnen gewünscht wurde. Die Vorlagen wurden von Mitarbeiterinnen des Projekts »Lola für Ludwigslust« der Amadeu Antonio Stiftung entwickelt.

Workshop 2: Pädagogische Handlungsmöglichkeiten

Ziel: In diesem Seminar geht es um die Sensibilisierung und Reflektion der eigenen Haltung bezüglich Demokratie und Partizipation. Die Selbstreflexion hatte das Ziel, eine individuelle, demokratische Haltung ggf. zu entdecken und zu unterstreichen. Ein besonderen Schwerpunkt war hier die Einführung geschlechterreflektierter Ansätze in der pädagogischen Arbeit, wie beispielsweise vermeintlich geschlechts-untypische Angebote für Kinder, Benutzung einer geschlechtergerechten Sprache, Vermeidung von Homogenisierung und Etikettierungen.

Zielgruppe: ErzieherInnen in Kindertagesstätten

Methoden: Einzel- und Gruppenarbeit, Filmvorführung, Power Point Präsentation, Diskussion,

Material: Moderationswände, Karteikarten, Stifte, Laptop, Beamer, Fotos, Schnur, Flipchart

Zeitungfang: 240 min

Hinweise: Erfahrungsgemäß ist es wichtig, in diesem Seminar mit einem Themenparkplatz zu arbeiten, da es viele Eindrücke nach dem ersten Seminar zu besprechen gibt und viele Rückfragen gestellt werden.

Zeit	Thema	Methode	Handwerkzeug
20 min	Begrüßung, Rückfragen und Vorstellung der Seminar- Struktur		
	Einstellungen zur Demokratie	Meinungsbarometer	Schnur, 2 Karteikarten
40 min	Einführung Demokratiepädagogik	Vortrag mit Power point und Rückfragen der TeilnehmerInnen	Beamer, Laptop
30 min	Reflexion zur Partizipation als ein Prinzip von Demokratiepädagogik: Beteiligung von Kindern in der eigenen KITA (konkrete Beispiele)	Gruppenarbeit (15 min Interview, jeweils 2 Personen aus unterschiedlichen Einrichtungen, 10 min Vorstellung der Ergebnisse)	Karteikarten, Stifte, Moderationswände
30 min	Pause		
20 min	Film »Kinderstube der Demokratie«		Beamer, Laptop
20 min	Vorstellung + Diskussion von Partizipationsmodellen In Kindertagesstätten	Vortrag+ Diskussion	
50 min	Etikettierungen im KITA-Alltag	Gruppenarbeit	Karikatur, Karteikarten, Stifte, Moderationswand
15 min	Wünsche für 3. Workshop ■ Welche Themen wollen die TeilnehmerInnen?	Diskussion	Flipchart
15 min	Feedback und Ausblick auf 3. Seminar		

Zeit	Thema	Methode	Handwerkzeug
15 min	Kurze Begrüßung, Rückfragen und Vorstellung der WS-Struktur		
15 min	Film »Krisenkinder«	Filmvorführung	Beamer, Laptop
40 min	■ Wo beginnt Rechtsextremismus? ■ Einstiegsmotivation allg. und gesondert bei Mädchen und Jungen	Moderierte Diskussion	Flipchart
30 min	Vertiefung Geschlechterreflektierende Ansätze	Power Point	Beamer, Laptop
30 min	Unsicherheiten (Verhalten bei Beobachtung gewalttätiger Übergriffe; Argumentationen gegen rechte Parolen, Umgang mit rechten Eltern)		Moderierte Diskussion
20 min	Pause		
70 min	Fallbeispiele	Kollegiale Fallberatung	
5 min	Projektförderungen, Beratungsstellen	Handout	
10 min	Feedback		

Workshop 3: Reflektion und Vergewisserung der eigenen Arbeit

Ziel: Dieses Seminar soll die Handlungskompetenz der TeilnehmerInnen durch Reflektion und das gemeinsame Erarbeiten von Handlungsmöglichkeiten stärken. Da methodisch sehr eng an den Erfahrungen der TeilnehmerInnen gearbeitet wurde, konnte das erworbene Wissen in die Problembearbeitung aufgenommen werden. Die TeilnehmerInnen können in ihrer Arbeit wahrgenommen und wertgeschätzt werden.

Themen und Rückfragen aus den ersten beiden Seminaren finden hier Platz

Zielgruppe: ErzieherInnen in Kindertagesstätten

Methoden: Kollegiale Fallberatung, Power Point Präsentation, Diskussion, Gruppenarbeit, Filmvorführung

Material: Moderationswände, Karteikarten, Stifte, Laptop, Beamer, Flipchart

Zeitungfang: 240 min

Hinweise: Erfahrungsgemäß müssen in dem letzten Seminar noch viele Rückfragen und Eindrücke verarbeitet werden. Dafür sollte Zeit da sein. Fragen nach weiterführenden Beratungsstellen, Literaturhinweisen, etc. können im Rahmen eines Hand-outs vermittelt werden.

Das Engagement der Amadeu Antonio Stiftung

Seit ihrer Gründung ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Hierfür unterstützt sie lokale Initiativen und Projekte in den Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und Opferhilfe, alternative Jugendkultur und kommunale Netzwerke. Wichtigste Aufgabe der Stiftung ist es, die Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen. Der Namensgeber der Stiftung, Amadeu Antonio Kiowa wurde 1990 von rechtsextremen Jugendlichen in Eberswalde zu Tode geprügelt, weil er eine schwarze Hautfarbe hatte. Er war eines der ersten Todesopfer rechtsextremer Gewalt nach dem Fall der Mauer. Die Amadeu Antonio Stiftung wird von der Freudenberg-Stiftung unterstützt und arbeitet eng mit ihr zusammen.

Weitere Informationen können unter der folgenden Adresse erfragt werden:

Amadeu Antonio Stiftung

Linienstraße 139, 10115 Berlin, Telefon 030.240 886 10, Fax 030.240 886 22

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung (Konstanze Ameer, Johannes Baldauf, Anna Groß, Sabine Grenz, Susanna Harms, Henrike Hermann, Anetta Kahane, Robert Lüdecke, Berit Lusebrink, Andrés Nader, Thomas Olsen, Heike Radvan, Simone Rafael, Timo Reinfrank, Jan Riebe, Ulla Scharfenberg, Sarah Schulz, Swantje Tobiassen, Joachim Wolf) sind per Mail zu erreichen unter: vorname.nachname@amadeu-antonio-stiftung.de

Bankverbindung der Amadeu Antonio Stiftung:

Deutsche Bank Bensheim, BLZ 509 700 04, Konto-Nr. 030331300

Internationale Bankverbindung:

Deutsche Bank Bensheim, Account number 030331300

BIC: DEUTDEFF 509, IBAN: DE 9150970004

Oder spenden Sie online: www.amadeu-antonio-stiftung.de

Weitere Internetangebote der Amadeu Antonio Stiftung:

www.netz-gegen-nazis.de (Kooperation mit der ZEIT)

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de (Kooperation mit dem stern)

www.opferfonds-cura.de

www.keinortfuerneonazis.de

www.lola-fuer-lulu.de

<http://no-nazi.net>